



Nr. 328 Nr. 3/2013 Preis: Euro 4,50

ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA

Wege für eine

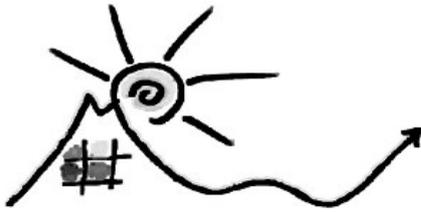
Bäuerliche Zukunft

KONTROLLE UND KONTROLLWAHNSINN

Kontrolle außer Kontrolle

Urinprobe bitte!

Grünes Mascherl oder nachhaltige Verbesserung?



Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzschanerstraße
15/3/1, 1090 Wien

Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33

E-Mail: baeuerliche.zukunft@chello.at

Homepage: www.viacampesina.at

Redaktion: Monika Gruber, DI Irmi Salzer,
Eva Schinnerl

Gestaltung & Layout: Eva Geber

Zeichnungen: MUCH Unterleitner



Titelfoto: Margit Gruber

Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großbersdorf

Enger Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria

(ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung): Christine Pichler-Brix (Obfrau), Lisa Hofer-Falkinger, Monika Kleinschuster, Ludwig Rumetshofer, Florian Walter

Geschäftsleitung: DI Karin Okonkwo-Klampfer

Sekretariat: Daniela Wiebogen

Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern und Bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lösung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen leisten.

Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und anderen gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.

Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge geben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion und der Herausgeber wieder.

Einzelpreis: Euro 4,50

Jahresabonnement: INLAND Euro 25,-
AUSLAND Euro 29,-

Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111,
Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529
BIC GIBAATWW

ÖBV-Mitgliedsbeitrag:

Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern):
Euro 32,- + 1/1000 des Einheitswertes. Zwei Mitglieder in einem Haushalt zahlen nur einen Beitrag.

Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 32,-.
Euro 3,- aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC weitergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält jeweils das Abonnement von BÄUERLICHE ZUKUNFT.

Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via Campesina (ECVC), Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
E-Mail: office@eurovia.org; www.eurovia.org

ISSN 1019-5130

36. JAHRGANG (2013)

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser!**

Ist die Kontrollkette lückenlos – oder erwürgt sie bereits jede Kreativität und Lust an der bäuerlichen Arbeit? Den vielen Aspekten dieses Problems sind wir in dieser Ausgabe nachgegangen und haben dabei festgestellt, bei all den vielen teilweise auch unnötigen Vorschriften fehlen einige wirklich sinnvolle gänzlich. So kann man z. B. Pestizide ausbringen, wann immer man will, egal ob Windstärke 10 herrscht oder Windstille.

Auch der Maisanbau ist anscheinend in jeder Steillage erlaubt, wo mit dem Traktor gerade noch gefahren werden kann – die Folgen Bodenerosion und Murenabgänge nach Starkregen sind eben Pech.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe mit dem Schwerpunkt: „Weder Wachsen noch Weichen“ ist der 10. September.

Unkontrollierbare Sommerfreuden wünschen

Eva, Irmi und Monika aus der Redaktion



Das Engerl freut sich sehr, dass der Versuch, der Öffentlichkeit ein raiffeisen-kritisches Interview vorzuenthalten, eine wohl unerwünschte Wirkung erzielt hat: Der News-Verlag hat ein Gespräch mit den beiden „Schwarzbuch Raiffeisen“-Autoren Holzinger und Staudinger mit dubiosen Begründungen vom Netz genommen. Die Empörung der InternetnutzerInnen war groß. Kopien des Interviews waren schnell wieder verfügbar, andere Medien berichteten, die Verkaufszahlen des Buches schossen in die Höhe und die Raiffeisenholding Wien Niederösterreich sah sich veranlasst, den Link zum geretteten Interview „eine Woche lang ganz bewusst“ auf ihre Homepage zu stellen. Das Engerl wünscht dem Buch viele kritische LeserInnen – die Rezension dazu ist auf Seite 25.



ÖVP zum Thema Bienen ist sowieso schon ziemlich missglückt, aber die beiden Kämmerer setzten noch eins obendrauf: In einem schriftlichen (!) Interview mit dem Mitgliedsblatt der Kammer bezeichnete Hautzinger den Widerstand gegen die Bienengifte als „menschenverachtende Kampagne“ und „Volksverhetzung mit daraus resultierendem ‚Blutausch‘“, die man „nach den Lehren des zweiten Weltkrieges und den heutigen Lippenbekenntnissen des ‚Nie-mals wieder‘“ nicht erwarten hätte können. Der Kammerdirektor legte nach Protesten noch ein Schäflein nach und schrieb, dass „die Wortwahl und der Hass in der Bienendiskussion an Volksverhetzer“ erinnerten, „aber auch an menschenverachtende Diktaturen, die Minderheiten herauspicken, um den Volkszorn und niedrige Instinkte an diesen abreagieren zu können.“ NGOs, die für den Bienen-schutz eintreten, Nazimethoden zu unterstellen – ein Offenbarungsakt für die Gesinnung des Bauernbundes?!

Das Teufel geht an den burgenländischen Landwirtschaftskammerpräsidenten Hautzinger und seinen Kammerdirektor Prieler. Die Kommunikationsstrategie der

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur.



lebcsministerium.at

KOMMENTAR

VON MARIA VOGT



„Waun I net daham bin, is bei uns ois aussa Kontrolle!“*

Kontrolle, welch unliebsamer Begriff! Kann man/frau es lieben, kontrolliert zu werden oder gar selber in der Rolle des Kontrolleurs, der Kontrollleurin zu sein? Warum braucht es sie überhaupt und wer bestimmt, was wie wer und von wem kontrolliert wird? Und welche Rolle haben wir Bäuer_innen, Konsument_innen dabei?

Klar, wir möchten in einer Gesellschaft leben, wo wir vertrauen können, dass die Vereinbarungen – Gesetze, Vorschriften, ... – beachtet und eingehalten werden. Wir wollen, dass das, was draufsteht, auch drin ist, wie's so schön heißt. Und manchmal ist dies nicht der Fall. Wenn ich an die Anfänge im Biolandbau denke, da waren es die gegenseitigen Besuche auf den Höfen, die eine Art Kontrolle, aber auch die Entwicklung des Biolandbaus bedeuteten – da war Vertrauen noch im Überschuss vorhanden. Viele fordern eine verstärkte Kontrolle, etwa im Bereich von politischen Parteien und Handlungsfeldern, also wo Machtkonzentration und -missbrauch entstehen können und Vertrauen eher wenig vorhanden zu sein scheint. Dann gibt's, vielen Bäuer_innen bekannt, die Eigenkontrolle im Rahmen von HCCCP, wo die eigenen (un)hygienischen Handlungen aufgezeichnet werden sollen. Ja, auch die soziale Kontrolle kennen wir in Dorf und Land, wenn wir „aus der Rolle fallen“. Junge Menschen und manche Ältere sehnen sich nach kontrollfreien Räumen, wo Einengung, Einordnung und Vorschriften wenig Rolle spielen – wo sich Neues entfalten kann.

Und es gibt Konzerne, die ganze Wirtschaftszweige weltweit beherrschen und kontrollieren. Aber das ist eine ande-

re Geschichte, oder?

Mir kommt vor, dass die Kontrolle, mit der wir uns als Bäuer_innen konfrontiert sehen, auch mit der Wirtschaftsentwicklung zu tun hat und auch mit der dahinter stehenden bzw. fehlenden Wirtschaftsethik. Profit zu machen, Konkurrent_innen auszuschalten, Bereiche wirtschaftlich zu kontrollieren gebietet Verhalten, das gesellschaftlich nicht tolerierbar ist und daher überprüft bzw. kontrolliert werden soll. Bloß ist diese Aufgabe zu schaffen? Gammelfleisch, Neonicotinoide, Glyphosat und Co rutschen da locker durch die (fehlende) Kontrolle, geschweige die Auswüchse der Finanzwirtschaft, Steuererosen, ... Das Unverhältnis der Kontrollierten und Nichtkontrollierten ist unüberschaubar.

Jedoch, es gibt Alternativen, manche sind schon im Wachsen und Werden, wie z. B. die Gemeinwohlökonomie, die Kooperation, Vertrauen und gutes Leben für alle in den Mittelpunkt stellt und wo Gleichberechtigung und Beteiligung eine große Rolle spielen. Oder eben auch die Ernährungssouveränität, wo wir alle als Beteiligte in Landbewirtschaftung und Lebensmittelversorgung eine gestaltende Rolle einnehmen können.

... Lasst uns aus der Rolle fallen, damit wir aus der Falle rollen ...

Maria Vogt

Biobäuerin im Weinviertel



* Schluss-Sager von Annmari Rainer-Pühringer beim

INHALTSVERZEICHNIS

Florian Walter	
KONTROLLE AUSSER KONTROLLE	4
Siegfried Jäckle	
KONTROLLITIS VERSUS BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT	6
Irmi Salzer	
„ICH SANKTIONIERE MEINE KUNDINNEN UNGERN ...“	8
ROHKOST	9
Waltraud Neuper	
VERTRAUEN IST GUT – KONTROLLE IST BESSER	10
Judith Moser-Hofstadler	
URINPROBE BITTE!	11
Isabella Lang und Ella Augusteyns	
BIO IST GUT, KONTROLLE IST BESSER?	12
Barbara Waldner	
ÄNDERUNGEN BEI DER BIO-KONTROLLE AB 2014	13
Irmi Salzer	
GRÜNES MASCHERL ODER NACHHALTIGE VERBESSERUNG?	14
LESERBRIEF	15
Ludwig Rumetshofer, Magdalena Aigner und Stefan Lemmerer	
PARTIZIPATIVE GARANTIESYSTEME	16
KURZ UND BÜNDIG	18
Astrid Österreicher	
BIENENSTERBEN: EU ALS RETTERIN?	20
	
Katrin Hirte	
DEUTSCHE EUROPAPOLITIK VOR UND NACH 1945	22
ÖBV-Info/Veranstaltungen	24
BÜCHER	25
Monika Gruber	
GLOSSE	26
KONTAKTADRESSEN/ABO-WERBUNG	27

Wir präsentieren hiermit unsere neue reality-farming Serie:

Bäuerliche Schicksale, die bewegen ...

... eine wahre Geschichte aus dem Leben eines Subventionsempfängers

KONTROLLE AUSSER KONTROLLE

Der Tag ist jung und der Wetterbericht verspricht einiges: Ideales Heuwetter. Was tut also der Bauer? Er spannt sein Mähwerk ein und sendet zur Sicherheit schnell ein kurzes und improvisiertes Stoßgebet zum Maschinengott: Heiliger Lagerhausius, wenn's sein muss, sollen andere Maschinen entzweien, lass unsere diesmal gedeihen ...

Das Mähwerk schnurrt, das Gebet hat seine Wirkung nicht verfehlt. Doch was da? Zwei Personen im Gefahrenbereich! Trotz gestikulativer Aufforderung meinerseits machen sie keine Anstalten, sich zu entfernen. Jetzt erst sehe ich, dass die Eine computerunterstützt agiert, während der Andere in extrakurzen Hosen durch die Brennesseln von Zaunstüpfel zu Zaunstüpfel hüpf, rücklings einen traditionellen Leinenrucksack, aus welchem ein großes Plastikschwammerl und eine kurze schwingende Antenne ragt: Sehr spacy, etwa im Stile eines Science-fiction-Comics aus den 30er Jahren. Ich stelle mal den Traktor ab.

In der Zwischenzeit trifft auch der Baupatrone ein, der unsere neue Wasserleitung graben soll, ebenfalls unangemeldet. Der Polier ist sehr nett und bestimmt und beginnt mit einer Aufzählung von Dingen und Dienstleistungen, die er von mir braucht ...

Ich pendle wieder zum Kontrollschauplatz: Die Gemeinde sei bereits von der AMA-Kontrolle informiert und meine Frau sei bereits aufs Amt geschickt worden, um fehlende Unterlagen einzuholen. Es wäre in meinem eigenen Interesse, wenn ich mich an dieser Kontrolle beteiligen würde.

Trotz dieses dezenten Hinweises mähe ich weiter. „Nix geht über a gmahde Wie-

sn“, denke ich. Gedanken kreisen durch meinen Kopf. Der Konflikt auf der Bezirksbauernkammer vor gut zwei Wochen ... Da sehe ich in meinem Augenwinkel das Kontrollteam, unseren Stall verlassend, offensichtlich triumphierend, eine Flasche in der Hand haltend, gestikulierend. Ich pendle erneut zum Ort der Kontrolle. Sie hätten etwas gefunden: Ein Arzneimittel ohne den schriftlichen Nachweis, dass es bei unserem Veterinär gekauft wurde. „Nklar“, sage ich siegesgewiss, „ich hab's ja auch aus der Apotheke!“ Ich lese vor: Hautdesinfektionsmittel, Inhalt: 95 % reiner Alkohol, 5 % Wasser. Dennoch: Ein Formular wird ausgefüllt: Unerlaubter Einsatz von Humanmedizin im Stall... Nach langer Diskussion erhalte ich eine Frist eingeräumt, innerhalb derer ich eine tierärztliche Kaufbestätigung nachbringen „darf“. Der Tierarzt, der das Mittel weder verkauft, noch verkauft hat, weil es ohnehin in jeder Apotheke verfügbar ist, tut mir kopfschüttelnd den Gefallen und bestätigt. Offizielle Anleitung zur Aufzeichnungsfälschung, denke ich ...

Der computergesteuerte Zufallsgenerator habe unseren Hof als einen der wenigen für eine Komplettkontrolle ausgewählt: Ohrmarken, Bio, ÖPUL, Cross-Compliance, Berghöfekataster, Ausgleichszulage, Gefährdete Tierrassen, Bestandsverzeichnisse, Flächen, alles! Sie werde demnächst fortgesetzt.

Und so wundert es nicht, dass nach zwei Tagen ein auf 3 Personen angewachsenes Team nochmals aufkreuzt. Wieder mit dabei: der Mann, der keine Brennessel fürchtet! Die GPS Vermessung wird also fortgesetzt. Ergebnis: Flächendifferenz. Die ermittelte Fläche ist größer als die beantragte! Kein Problem, sollte man

meinen, doch wo keines ist, lässt sich eines konstruieren: Als Biobetrieb müssen wir die gesamte genutzte Fläche exakt angeben, da wir ja sonst auf der nicht beantragten „Reservefläche“ nicht biologisch wirtschaften könnten, und das sei aber nicht erlaubt, wenn diese Fläche nicht genau abgegrenzt sei. Nun ja.

Und noch etwas: Die Schafe sind nicht da, und mit ihnen fehlen auch die zu kontrollierenden Ohrmarken. Da es aber nirgendwo vorgesehen ist, den Almauftrieb von Schafen am Heimbetrieb zu dokumentieren, will das Kontrollorgan sofort zur Alm fahren, um sich dort der Existenz unserer Schafe zu vergewissern. Dort die Unsrigen unter Hunderten von anderen Schafen zu suchen und zu fangen, weigere ich mich, an das einzubringende Heu denkend. Die OM-Kontrolle wird daraufhin tatsächlich auf Herbst verschoben. Allerdings flammt bald das nächste Scharmützel auf. Es geht um die nunmehr verlegte Wasserleitung.

„Am Tag der Kontrolle keine Nutzung, da kein Bewuchs“, wir hätten die Trasse der Wasserleitung schon bei der Mehrfachantragstellung abziehen müssen. Da platzt meiner Lebensgefährtin der Kragen: „Vor drei Tagen habt ihr die Kühe gesehen, die alles abgeweidet haben und jetzt behauptet ihr: keine Nutzung! Ihr seid so gemein!“ Das nutzt nun tatsächlich, und das bereits ausgefüllte „Nichtnutzungsformular“ wird wieder zerrissen.

Auch diese Kontrolle ging zu Ende, was folgt, ist Papierkram und weiterer Ärger. Bei einem Telefonat mit der Rechtsabteilung der AMA finde ich heraus, dass zwar die festgestellte Flächendifferenz kein Problem darstellt, jedoch die Abweichung bei den Hangneigungsstufen schwierig werden kann. Ich bin verwundert, sehe im Protokoll nach und finde nichts. Rufe abermals an, erhalte wieder dieselbe Auskunft. Nach langem Hin und Her lässt sich folgender Sachverhalt rekonstruieren: Die



Leiterin der Vorortkontrolle hat nach erfolgter Kontrolle dem Kontrollprotokoll ein weiteres Formblatt hinzugefügt (Prüfbericht BHK Seite 2), in welchem die Aufschlüsselung der Teilstufen beanstandet wird. Ich hatte dieses Formular weder zu Gesicht bekommen, noch unterschrieben, auf meinem einzigen Berg Höfe Kataster Prüfbericht Formular steht Seite 1 von 1!

Wenn auch diese Tatsache dann schlussendlich nicht zur Streichung der Ausgleichszulage (für 2 Jahre) führte, sondern vielmehr die Unterstellung der AMA, wir hätten absichtlich die Länge unseres Zufahrtweges falsch -also zu lang- angegeben, so ist diese Unkorrektheit, nämlich, dass Protokollteile nachträglich hinzugefügt werden, nicht nur ein Skandal, sondern auch ganz klar strafrechtlich als „Urkundenfälschung“ zu bezeichnen. Normalerweise kommt man dabei, ebenso wie bei einem gefälschten Fahrschein, ohne eine Vorstrafe nicht davon. Der Vorwurf der vorsätzlich falsch angegebenen Weglänge

wurde übrigens nach Einschalten eines Anwaltes von der AMA zurückgenommen, die vorenthaltene AZ fast vollständig ausbezahlt.

Dieser Vorfall wirft trotzdem grundsätzliche Fragen auf: Wer kontrolliert eigentlich die Kontrolloren? Ist das Ergebnis einer Kontrolle rechtlich abgesichert? Soll heißen: Wenn ich das Ergebnis einer Kontrolle beim nächsten Mehrfachantrag verwende und einarbeite, habe ich dann Rechtsicherheit, dass diese Angaben nicht wieder beanstandet werden? Mitnichten! Aus leidlicher Erfahrung bei den Almkontrollen wissen wir, dass jeder Kontrollor andere Flächenmessungen ein und derselben Fläche zustande bringt, teilweise unterscheiden sich die Messungen um über 50 %. Wenn aber die AMA auf Grund ihrer hausinternen, also eigentlich gar nicht unabhängigen Kontrollen (sie ist ja gleichzeitig auch die förderungsauszahlende Stelle) Sanktionen verhängen kann und Rückzahlungen einfordert, wieso kann

dann umgekehrt ein Landwirt nicht davon ausgehen, dass die letzte Kontrolle richtig war? Gab's nicht mal so etwas wie einen Gleichheitsgrundsatz?

Der Teufel mag im Detail stecken, aber der Fehler liegt hier im System. Sorry Minister B.!

Florian WALTER, unermüdlicher Artikelschreiber für eine Bäuerliche Zukunft

KONTROLLITIS VERSUS BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT

Nach unserer ersten Biokontrolle vor fast 20 Jahren fragte meine Schwiegermutter: „Kommen sie jetzt schon wieder zum Kontrollieren?“ Zunächst erschien mir diese Frage überzogen, doch mit jeder weiteren Kontrolle – wir werden seither ja immer häufiger kontrolliert – wurde mir bewusst, dass Kontrolle immer die totale Überwachung anstrebt, an die sich meine Schwiegermutter aus der Erfassungszeit erinnerte.

VON SIEGFRIED JÄCKLE



IM KAMPF GEGEN DEN BIO-TERRORISMUS

Zwar häufen sich in der Zwischenzeit Klagen über Kontrollen, aber fast nur in Einzelgesprächen. Öffentlich werden die Probleme kaum thematisiert, einmal wegen der eingegangenen Abhängigkeit und zum anderen aus Angst, als Versager zu gelten. Probleme sind aber nur zu lösen, wenn man sie thematisiert.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!

Diese Lenin zugeschriebene Redewendung bekommt man auf Kritik an Kontrollen fast regelmäßig zu hören. Dass Lenin und der Kommunismus nicht die bäuerliche Landwirtschaft wollten, wird dabei vergessen. Neuerdings schwindet jedoch

das Vertrauen in die Kontrollen, was Medien immer häufiger entlarven. Dazu nur eine Überschrift aus dem Schwarzwälder Boten zur Bio-Eiervermehrung im letzten Frühling: „Etiketten und Schwindel – mit immer mehr Siegeln buhlt die Ernährungsindustrie um KundInnen.“ Hintergrund ist ein selbstverstärkender politischer Aktionismus auf jeden publizierten Skandal, an dessen Ende immer neue und schärfere Kontrollen stehen. Eine frühere Verbraucherschutzministerin forderte in einem Interview zum erwähnten Bioeier-Skandal gar, die Kontrolleure müssen endlich richtig kontrollieren und die Hühner zählen. Für mich Anlass, seither alle möglichen Leute zu fragen, wie viele Hühner sie glau-

ben zählen zu können? Die Meisten teilen die Meinung, dass das nur bei sehr Kleinen (Hühnerhöfen) möglich sei, bei Größeren schon aus Gründen des Stress für die Hühnermassen aber eher unmöglich sei, Kontrollen also Grenzen haben. Womit sich die alte Weisheit bestätigt: die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen. Warum kleben Politik und Administration an Methoden, die die eigentlichen Ursachen nicht lösen können?

Kontrolle versus freie Marktwirtschaft

Wir leben in einem Wirtschaftssystem, wo man in der Regel bei dem kauft, der es am billigsten anbietet. Mit den Discountern wurde dieses neoliberale Verhalten zum Allgemeingut. Wir Bäuerinnen und Bauern bekommen es nicht nur eingbläut, sondern auch immer mehr zu spüren. Die vermeintliche Freiheit der Marktwirtschaft baut auf totalen Wettbewerb, der eben nicht nur GewinnerInnen, sondern in allen Bereichen immer mehr VerliererInnen produziert! Um unter den GewinnerInnen zu bleiben, wächst die Versuchung, die Ehrlichkeit, einst Strategie des ehrbaren Kaufmannes, weniger ernst zu nehmen und beispielsweise konventionelle Eier als Bioeier anzubieten. Was für die Medien eine neue Sensation für Schlagzeilen ist, führt bei KundInnen und KonsumentInnen zu Vertrauensschwund. Darauf haben die neoliberale Marktwirtschaft und die Politik nur die eine Antwort, nämlich die VerbraucherInnen mit neuen Kontrollen und Siegeln zu beruhigen. Zeit, um über wirkliche Ursachen und den Sinn und die Nebenwirkungen der Maßnahmen nachzudenken, hat man nicht oder nimmt man sich nicht.

Zertifizierung als industrieller Weg

Neudeutsch nennt man dieses Spiel Zertifizierung, was eigentlich Bescheini-

gung heißt, wozu natürlich Kontrollen gehören. Mit dem EU-Saatgutrecht sind wir Bauern und Bäuerinnen zum ersten Mal mit diesem Begriff konfrontiert worden und beim Biolandbau, als die EU die Zuständigkeit dafür an sich nahm. Zertifizierung ist eine Methode aus der industriellen Massenproduktion und wird auch Qualitätssicherung genannt, die Gleichheit von Massenprodukten meint. Was für große (Industrie-) Betriebe mit Massenproduktion und die für die Größe notwendige Verwaltung zum Geschäft gehört, bedeutet für kleine Höfe, wie auch Handwerker, zusätzlichen (Schreib-) Aufwand, der sie nicht selten überfordert, vor allem, weil kleinste Mängel in den Papieren bei Kontrollen zum Verhängnis werden. Qualitätssicherung wird so zur modernen Triebkraft des Strukturwandels. Die oft beklagte Konventionalisierung des Biolandbaues ist eine typische Folge. Denn Zertifizierung ist auf Maßstäbe angewiesen, die technisch sind und Standardisierung zum Ziele haben. Die Vielfalt (der Kleinen) wird also genormt oder ausgeschieden. Wirkliche Nahrungsqualität, Bodenleben oder das Tierwohl als naturgemäße Prozesse bleiben außen vor. Der eigentliche Engpass liegt beim Kontrollpersonal, denn dessen Herkunft und Bildung fußt ja in der Regel im industriellen Denken.

Die andere Seite der Medaille ist die Agrarförderung

Weil der totale, marktradikale Wettbewerb zu viele Menschen, Höfe und gewohnte Landschaften verdrängt, versucht die Agrarpolitik seit Jahrzehnten mit Ausgleichszahlungen diesen Strukturwandel abzufedern. Dieses Abfedern weckt aber Begehrlichkeiten bei den Wettbewerbsfähigen, die zudem Kraft und Zeit für Lobbyarbeit haben. Dadurch geben PolitikerInnen diesen Begehrlichkeiten immer wieder nach, weil sie ja kurzfristig innerhalb ihrer Wahlperiode denken. So entwickelt sich

die Agrarförderung von Reform zu Reform zu einer Einheits-Flächenprämie, bei der diejenigen, die man vorgibt erhalten zu wollen, die Verlierer sind. Man vergleiche nur den sinkenden Anteil der Ausgleichszulage für Berg- und benachteiligte Gebiete an der gesamten Prämienzahlung. Was von Reform zu Reform jedoch wächst, sind Auflagen und Kontrollen. Schließlich verlangt der Geldgeber (der Steuerzahler) eine Gegenleistung. Was die SteuerzahlerInnen und vielleicht sogar die Kontrolleure als schön empfinden, kann man aber nicht messen. Also wird versucht, schöne, weil kleinstrukturierte Landschaften mit Hightechmethoden aus den großflächigen Monokulturen wie GPS zu kontrollieren und zu sanktionieren. Wir dürfen gespannt sein, wie das aktuell heiß diskutierte Greening verwaltet und kontrolliert werden wird. Diese Methoden haben ihre Folgen nicht nur in der Landschaft, sondern vor allem bei den Bauern und Bäuerinnen. Das System züchtet AnpasserInnen, an Vorschriften und Richtlinien statt an naturgemäße Abläufe. Die AnpasserInnen an Richtlinien haben die Mehrheit, weil diejenigen, die resignieren, weichen. So ist das vermeintliche Abfedern Triebkraft des Strukturwandels, den man eigentlich abfedern wollte.

Freiheit und Verantwortung als Alternative

Mein Fazit ist also, (klein-)bäuerliche Höfe, wie wir sie in Österreich und Teilen Süddeutschlands noch kennen und die industrielle Strategie von Standardisierung, Zertifizierung und Kontrollen werden immer kollidieren. Dabei ist zu beachten, dass klein heute größer ist als früher, denn in Deutschland hat die sogenannte Wachstumsschwelle 100 ha überschritten. Meine Erfahrung lehrt mich, dass es meistens schief ging, wenn man natürliche Abläufe in technische Normen zwingen wollte. Nicht umsonst hatten Bauern ewig für ihre

Befreiung von der Feudalherrschaft gekämpft und darauf gewartet – weil die Feudalherrschaft von ihnen Frondienste verlangte, ohne Rücksicht auf die anstehende Arbeit auf den Höfen. Die Folgen der unterlassenen Arbeit auf den Höfen mussten sie selbst tragen. Kommen einem bei der modernen Bürokratie nicht Parallelen in den Sinn? Manche bezeichnen Bürokratie und Kontrollen als Ökodiktatur, ich frage jedoch, wo die ökologischen Effekte sind? Jedenfalls untergräbt die neue feudale Kontrollitis unsere Freiheit, ohne die Verantwortung für die Folgen zu sehen. Wer soll aber ein Interesse an einer Änderung dieses Systems haben, wenn nicht wir Bäuerinnen und Bauern, solange es uns noch gibt? Es gilt die Ängste vor Kontrollen zu überwinden und sich auf unsere autonomen Möglichkeiten zu besinnen. Der Weltagrarbericht u. ä. Studien liefern die Argumente dazu. Globaler Agrarhandel und Monokulturen lassen sich kontrollieren und zertifizieren. Mit Klimawandel sowie Energie- und Rohstoffverknappung könnte dieses System aber zum Auslaufmodell werden und Ernährungssouveränität mit bäuerlicher Vielfalt die Alternative werden. Kämpfen wir für die notwendige Freiheit und überlassen wir die Verantwortung nicht der Kontrolle des alten Systems.

Siegfried Jäckle

Vorstand Forum Pro Schwarzwaldbauern e.V.



„ICH SANKTIONIERE MEINE KUND:INNEN UNGERN ...“

... „aber doch, wenn es notwendig ist“. Viele der Biokontrollere und -kontrollorinnen sind selbst BiobäuerInnen. Insofern könnte mensch vermuten, dass es für sie nicht immer angenehm oder einfach ist, ihre Arbeit zu verrichten. Deshalb haben wir bei einem jungen Kontrollor nachgefragt – aus verständlichen Gründen ist sein wirklicher Name nur der Redaktion bekannt.

INTERVIEW VON IRMI SALZER

DER BIO REBELL



Irmi Salzer: Du bist Biokontrollor und auch selbst Biobauer. Ist es deiner Meinung nach ein Vorteil für die Arbeit, dass du „die andere Seite“ aus eigener Erfahrung kennst?

Natürlich ist es sinnvoll bzw. notwendig, die andere Seite zu kennen. Nur unter dieser Rahmenbedingung ist eine sinnvolle Betriebskontrolle meines Erachtens möglich. Denn mensch kennt das System „biologisch wirtschaftender Betrieb“ aus der Praxis ebenso wie in der Theorie, kann die Zumutbarkeit von Auflagen, Verordnungen und Richtlinien gut abschätzen. Und mensch kann sich auf gleicher Augenhöhe begegnen, da es einerseits unsere KundInnen sind, die kontrolliert werden und andererseits führe ich selber einen zertifizier-

ten Biobetrieb, der auch gegebenenfalls sanktioniert wird.

I.S.: Was sind für dich die größten Herausforderungen bei deiner Arbeit? Gibt es Situationen, die dich belasten? Wie gehst du damit um?

Aufgrund der Tatsache, dass die Kontrollstellen ihre KundInnen zertifizieren bzw. kontrollieren und gegebenenfalls auch sanktionieren, ergibt sich eine prekäre Ausgangslage. Durch Sanktionieren seiner eigenen KundInnen macht man sich nicht unbedingt beliebt bei ihnen. Diesen ist es dann freigestellt, die Kontrollstelle zu wechseln, in der Hoffnung, dass der neue Dienstleister die EU-Bio-Verordnung

nicht so streng auslegt. Somit ist es für uns Kontrollore sehr wichtig, mit Fingerspitzengefühl und Empathie vorzugehen. Weiters ist es, ohne auf die Sinnhaftigkeit der geltenden Bioverordnung einzugehen, schwierig, den LandwirtInnen klarzumachen, dass sie Jahr für Jahr um Fördergelder für die biologische Wirtschaftsweise ansuchen, diese auch beziehen und daher auch die Spielregeln einhalten müssen, wie sie es mit ihrer Unterschrift am Mehrfachantrag bestätigt haben. Bei Abweichungen bzw. Verstößen gegen die Verordnung gelingt es mir in den meisten Fällen, durch Verweis auf Fairness allen Biobetrieben (inklusive meines Betriebes) gegenüber, die Betriebsführenden zu besänftigen.

I.S.: Hältst du alle Auflagen und Verpflichtungen, die die Biobäuerinnen und Bauern einhalten müssen, für sinnvoll? Wenn nicht, welche wären das? Was müsste geändert werden?

Natürlich halte ich nicht alle Auflagen und Verpflichtungen für sinnvoll. Jede andere Antwort wäre gelogen. Es ist aber so, dass ich mich zu vollkommener Loyalität meinem Dienstgeber gegenüber verpflichtet habe und die Sinnhaftigkeitsfrage im Kontext der Betriebskontrolle nicht relevant ist. Es ist meistens der Umfang der Betriebsaufzeichnungen und der notwendigen Belegsammlung, der unseren Biobauern und -bäuerinnen zu schaffen macht. Aber es ist nun mal auch so, dass in vielen Fällen die Realität nur über die gemachten oder auch nicht gemachten Aufzeichnungen nachvollzogen werden kann. Meistens entstehen die Vergehen aufgrund von Fehlinterpretation bzw. mangelndem Wissen bezüglich der Bio-Verordnung. Und die sogenannten schwarzen Schafe sind meistens so schlau, dass sie die am Papier abgebildete Realität bioverordnungskonform darstellen.

Ich denke, dass es gesellschaftspolitisch nicht schlau ist, ganz Europa unter einen gemeinsamen standardisierten Hut zu

stecken. So geht Vielfalt verloren. Und wie wir alle wissen, heißt Vielfalt Stabilität und Leben (z. B: mehrere Standbeine eines Betriebes geben Sicherheit; ein Ökosystem mit vielen unterschiedlichen Tier- und Pflanzenarten ist ebenso stabiler usw.).

Wahrscheinlich wäre ein System, in dem eine starke ProduzentInnen-KundInnenbeziehung (ohne jegliche Zertifizierungsaufgaben) besteht, sinnvoller. Zumindest würde es die Produktvielfalt erhöhen. Die KonsumentInnen suchen sich ihre LebensmittelproduzentInnen ihres Vertrauens selber aus. Natürlich setzt dies weit mehr Informationsbereitschaft und Engagement in der Nahrungsmittelbeschaffung jedes einzelnen voraus, als es heute üblich ist. Die Selbstverständlichkeit in der Nahrungsmittelversorgung, in der Produkte zum Spottpreis und nie kostendeckend (wenn man alle Glieder in der Produktionskette fair und ausreichend entlohnen würde) angeboten werden, ist ohnehin ein vorübergehendes Phänomen.

I.S.: Lassen die Rahmenbedingungen (EU-Bioverordnung, Auflagen der Supermärkte, AMA) den BäuerInnen deiner Meinung nach genug Spielraum für individuelle Lösungen? Wenn nicht, was müsste deiner Meinung nach geändert werden?

Individuelle Lösungen sind im Rahmen der innerbetrieblichen Abläufe durch die Verordnung nicht eingeschränkt. Klar ist jedoch, dass je vielfältiger der Betrieb ist, umso mehr Aufzeichnungsverpflichtung besteht. Was in der Praxis bedeutet, dass dieser oft verhältnismäßig hohe Aufwand von den BäuerInnen und Bauern nur ungern betrieben wird. Was weiters zur Folge hat, dass in kleinbäuerlichen Strukturen die Vielfalt an bäuerlichen Produkten zurückgeht aufgrund der immensen Aufzeich-

nungsverpflichtung. Bei Groß- und Industriebetrieben fällt dieser Aufwand verhältnismäßig geringer aus, da die betrieblichen Strukturen anders ausgerichtet sind.

I.S.: Wie gehst du mit „Grenzfällen“ um? Hast du da deiner Meinung nach genügend Spielraum?

Es gibt Spielraum – trotz Standardisierungsbemühungen. Diesen legt jeder für sich individuell aus.

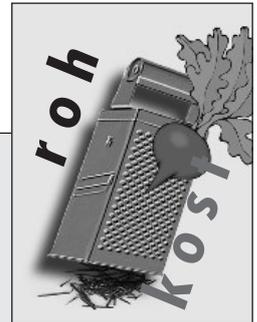
I.S.: Wenn du Betriebe sanktionieren musst, ist das ein Problem für dich? In welchen Fällen?

Ich sanktioniere meine KundInnen ungern, aber doch, wenn es notwendig ist. Grundsätzlich versuche ich meine Arbeit als Erziehungsauftrag zu sehen. Ich bin im Dialog mit meinen KundInnen und versuche im Gespräch möglichst viel an Informationen weiterzugeben, weil ich denke, dass ein Informationsmangel bezüglich Bio-Verordnung (und deren alljährliche Veränderung) besteht. Darum wäre es meines Erachtens sinnvoller, Erziehungsarbeit zu leisten. Was nicht heißt, dass jeder dann machen kann, was er oder sie will, denn in jeder Erziehungsbeziehung müssen Konsequenzen zum Thema gemacht werden und gegebenenfalls auch Realität werden.

Irmi Salzer

Pressereferentin

ÖBV-Via Campesina Austria



Alm TV

Jetzt ist schon wieder was passiert. Nix!

Dabei habe ich mir das so gut vorgestellt. Alleine der Name ist Spannung pur!

SOKO Alm. In der Hauptrolle Comissionier Franz Fischler. Nebenrollen: Special Agent Niki Berlakovich und Mister Griesmayr.

Für unsere heimischen Almbauern und gegen die EU kämpfen sie! Rausgekommen ist noch nicht recht viel, und nicht viel ist bei diesem Thema rund um horrenden Rückzahlungsbeträge jetzt auch wieder nix!

Dabei wurde, schon vor der SOKO Gründung im Winter, von Special Agent Berlakovich ein Durchbruch für die Almbäuerinnen und -bauern gemeldet!?

Es wird spannend.

Die Einschaltquoten werden immer höher!

Michael Kerschbaumer ist Fernseher in Kärnten

Kontakt: forum@kritische-tierhalter.at

VERTRAUEN IST GUT – KONTROLLE IST BESSER

Um meinen Standpunkt zum Thema Kontrolle klar machen zu können, habe ich ein allseits verwendetes Argument vorangestellt und werde es in der Folge auf eine sokratische Perspektive hin abwandeln. Gedanken zur Kontrolle im biologisch-dynamischen Landbau.

VON WALTRAUD NEUPER

Foto: Margit Gruber



Wie kann sich eine solche Anschauung entwickeln? Wenn wir von einer Idee ergriffen werden, uns von ihr begeistern lassen, suchen und finden wir Menschen, welche mit uns diese Idee verwirklichen wollen. Wir verbinden uns geistig und seelisch mit diesem Impuls, wie eben mit der Idee des biologisch-dynamischen Landbaus. In diesem gemeinsamen Verwirklichen der Idee entsteht ganz natürlicherweise Vertrauen zueinander. Denn der Impuls wird aus völliger Freiwilligkeit ergriffen. Nichts als die uns entgegentretende Sinnhaftigkeit und die daraus folgende Begeisterung führen uns dabei.

Sowohl die so entstandene Ideen-Gemeinschaft, wie auch der einzelne Mensch in dieser Gemeinschaft fühlen sich getragen vom Wunsch, biologisch-dynamisch zu arbeiten. Obwohl dieses Heraustreten aus den herkömmlichen Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen alles andere als einfach ist, wagen wir den Schritt, wenn wir von der Idee beseelt sind. Sie lebt in uns als bewegende Kraft. All unser Tun ist darauf ausgerichtet, jene zu verwirklichen. Kein Mehraufwand wird gescheut. Was dabei trägt, ist die gemeinsame, geistige Pflege der Idee. Austausch und Gespräch, Meditation und

Zusammenkünfte, regelmäßige Treffen mit praktischen und theoretischen Inhalten – all das ist Pflege einer gemeinsamen Idee. Lässt dieses geistige Bemühen – aus welchen Gründen auch immer – nach, beginnt sich die Idee zurückzuziehen, denn eine solche bleibt nur solange wesentlich, das heißt, anwesend, also als Wesen präsent, als Menschen sich mit ihr im Denken,

im Fühlen und im Wollen verbinden.

Um die sich zurückziehende Idee zu retten, beginnen ihre *Ver-Treter* sie in Richtlinien und Regeln hinein zu bannen, um sie damit für alle Zeiten festzuschreiben. Langsam, aber unabwendbar verschwindet das Vertrauen in die Methode – sowohl von Seiten der ErzeugerInnen als auch von Seiten der KonsumentInnen. Die Regeln und Richtlinien erfahren zunehmend eine Anpassung an verschiedene Anlässe, die Bezogenheit auf die Idee lässt nach oder verschwindet. Ist dieser Prozess an einem bestimmten Punkt angekommen, wird plötzlich nach einer Kontrolle gerufen, um das Vertrauen der KonsumentInnen aufrecht zu erhalten. Dieser Vorgang liegt für die meisten von uns meist im Dunkeln.

Aber mit ein wenig Mut zum Denken können wir ihn erhellen: Solange Menschen, in diesem Falle Bauern und Bäuerinnen und VerbraucherInnen, in ihrem Wesen mit einer Idee verbunden sind, wollen sie diese absolut und gemeinsam verwirklichen. Sie können sich deshalb aufeinander verlassen und daraus resultiert ja auch das Vertrauen.

Sind von einer Idee nur mehr Regeln und Richtlinien übrig geblieben, ist sie selbst als solche nicht mehr zu erkennen, die Zusam-

menhänge werden undeutlich. Der innere Zusammenhang des Geschehens entzieht sich dem Blick. Um ein Gefühl von Sicherheit zu bewahren, dass der angestrebte Impuls wohl auch umgesetzt wird, müssen nun die einzelnen Abläufe nachgeprüft werden. Das gilt nicht nur für den biologisch-dynamischen Impuls, sondern auch für die Idee des biologischen oder ökologischen Landbaus.

Mit der aus diesem Prozess hervorgegangenen Steuerbarkeit verbindet sich auch die Förderbarkeit und umgekehrt. Damit verändert sich gleichzeitig die Motivation, eine solche Landbau-Methode zu wählen. Mag sein, dass sich trotzdem noch einzelne Menschen mit der Idee verbinden, aber deren Pflege wird unter den kontrollierenden Umständen scheinbar zu einer überflüssigen Zusatzbeschäftigung.

Förderwesen, EU-Kontrollen, nationale Kontrollen und eine ausgefeilte Bürokratie können die Beteiligten nun glauben machen, sich in Sicherheit wiegen zu können. Ein stark anwachsendes Regelwerk schiebt sich scheinbar berechtigterweise zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen. Diese unsichtbare Wand ist naturgemäß weder von Seiten der Bauern noch von Seiten der KonsumentInnen auflösbar; wobei die theoretische „Macht“ der VerbraucherInnen eben eine theoretische ist. Und trotz der fast allumfassenden Kontrolle führen Schwindel und Schein ihr reges Dasein.

Diese beschriebene Wand kann nur abgebaut werden, wenn beide Seiten sich neu begegnen und für sich definieren:

Kontrolle ist gut – Einsicht ist besser

Sokrates (477-399) war jener Philosoph, der das Wissen und die Einsicht zur Tugend erhob. Nach seiner Diktion kann ein Mensch erst dann verantwortlich handeln, wenn er Einsicht in die Zusammenhänge seines Tuns hat. Einerseits, warum er etwas tut, was seine Beweggründe sind und andererseits, welche Folgen sein Handeln an der Welt hat. *Grundlage dieser Einsicht ist Bildung.*

Für unsere Erörterung der Kontrolle im biologisch-dynamischen Landbau meinen wir

URINPROBE BITTE!

Wie man auch einen Vormittag im Stall verbringen kann.
VON JUDITH MOSER-HOFSTADLER



eine Bildung in dreifacher Weise:

- Gemeinschafts-Bildung (BäuerInnen- und KonsumentInnen-treffen, gemeinsame Tagungen und Feste)
- Naturwissenschaftliche Erkenntnisarbeit (Forschungszusammenarbeit mit entsprechenden Einrichtungen, Praxisbegleitung durch Forschung)
- Geisteswissenschaftliche Durchdringung mittels Anthroposophie (Schulung in Meditation, Wahrnehmungsübungen, seelisches Naturbeobachten)

Auf diese Weise kann sich Einsicht entwickeln, welche nicht in blindes Vertrauen sondern im Wissen voneinander mündet. Dieses Wissen voneinander, das Verstehen der Bedürfnisse der KonsumentInnen, das Einsehen in die Arbeits- und Lebenszusammenhänge auf einem Hof, das gemeinsame Bemühen um die Lebensmittel, um die Ressourcenfrage und um die soziale Frage überwinden den Absolutheitsanspruch der Kontrolle und führen in eine gegenseitige gelebte Verantwortlichkeit.

Natürlich bleiben Rechtsgebiete, welche kontrolliert werden müssen – aber im Sinne von: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist. Gemeint sind damit Flächenangaben, Viehstückzahl usw. Unter diesem Aspekt kann auch die neue, von Rudolf Steiner schon 1924 angeregte, Bewegung des gemeinsamen Land-Bewirtschaftens gesehen werden. In diesen CSA Gemeinschaften entstehen für Kontrolle, Vertrauen und Einsicht neue Bedeutungszusammenhänge, welche in die Zukunft weisen.

*Waltraud Neuper
Leiterin der Lehr- und Forschungsgemeinschaft für biodynamische Lebensfelder*

Es war ein sonniger Vormittag, ich kann mich nicht mehr erinnern, welcher Wochentag, aber das tut auch nichts zur Sache. Nichts Böses ahnend waren mein Mann und ich am Werken, als ein Auto mit Kennzeichen aus einem entfernten Bezirk in unseren Hof fuhr. Ein schnittiger BMW, dem eine Frau entstieg, die keine Visagistin mehr gebraucht hätte, um in einem Werbespot auftreten zu können. Im Auto wartete ein Hündchen, die Frisur dem Frauerl ähnlich.

Vermutlich unsere „Was macht denn die da?“-Blicke deutend, erklärte uns die Frau, dass sie AMA-Kontrollorin sei und überprüfen möchte, ob wir unsere Bio-Ochsen auch wirklich gentechnik-frei füttern würden. Wie man das macht? Ganz einfach: Mittels Urinprobe. Aha.

Die Kontrollorin ging zielstrebig zum Kofferraum, packte den grünen Ganzkörper-Wegwerf-Anzug aus, zog ihn schwuppdiwupp an, genau wie ihre Gummistiefel. Meinen Mann schickte sie um die entsprechenden Papiere, bevor sie – eins, zwei, drei – einen Teleskop-Becherhalter ausfuhr. Jeder Handgriff saß und deutete auf viel Praxis hin. In den Ring am Ende steckte sie den für den Ochsen-Piesel gedachten Becher, und ab ging's in den Stall.

Spätestens da hätte ich beinahe losgeprustet, konnte mir das Lachen aber zum Glück verhalten. Urinprobe von Ochsen im Freilaufstall. Keine einfache Aufgabe, wie ich inzwischen weiß. Es ist an sich schon nicht ganz einfach, mit dem langen Stecken zwischen das Gestänge der Aufstallung zu gelangen. Gemeint sind damit die Stahlrohre, zwischen welche die Rinder den Kopf stecken müssen, um zum Fressen zu gelangen. Sobald eins der Viecher ein eindeutiges Geräusch verursachte, suchte die Kontrollorin den direkten Weg zum Bacherl. Aber die Ochsen haben es nicht verstanden. Erstens wichen sie stets zurück, und zweitens hielt der Verursacher sofort seinen Urin zurück anstatt ihn ins Becherl fließen zu lassen! Ein harter Job, dieses Kontrollieren, wirklich wahr!

Nach etwa einer halben Stunde habe ich der Frau gesagt, dass ich in die Küche müsse, weil mir sonst der Kuchen im Backrohr zu dunkel würde. Im Haus habe ich zu meiner Schwiegermutter gesagt, sie solle sich die Prozedur ansehen, weil „das glaubst du mir ja gar nicht, wenn ich dir das erzähle.“

Die Kontrollorin verweilte noch eine Viertelstunde bei den Ochsen. Keiner hat es geschafft, sein kleines Geschäft in ihren Becher zu machen. Zum Glück bekommen die Tiere ja Futter, und so hat sie Proben davon mitgenommen. Wir haben jedenfalls die Bestätigung bekommen, dass alles bestens sei und nichts gentechnisch Verändertes gefunden werden konnte.

Ich bin ein bisschen wütend, wenn ich an die Kosten des ganzen Kontrollsystems denke, die ja wir alle bezahlen – ProduzentInnen genauso wie VerbraucherInnen. Aber selbstverständlich muss es Kontrollen geben, wenn es verschiedene Gütesiegel gibt. Sonst bräuchte man die ja eh nicht.

Im Freundeskreis haben wir kürzlich überlegt, in welche Branche wir investieren würden, wenn wir zu viel Geld am Konto hätten. Die meiste Zustimmung hat „Controlling“ bekommen. Eine Branche am aufsteigenden Ast.

Bei allem Ernst und Ärger über vielerlei Kontrollen ist die Ochsen Geschichte mittlerweile ein Schwank, den wir gerne erzählen. Unser persönlicher Rekord für die Anzahl unterschiedlicher Kontrollen in einem Kalenderjahr liegt übrigens bei fünf.

*Judith Moser-Hofstadler
Biobäuerin in Alberndorf/Riedmark*

BIO IST GUT, KONTROLLE IST BESSER?

Wir Bio-Konsument*innen haben es nicht leicht. Auch wenn wir stets darauf bedacht sind, möglichst regional und saisonal zu kaufen, Bio sogar auf andere Bereiche als nur Nahrungsmittel auszuweiten und immer einen ökologischen Gedanken bei unseren Kaufentscheidungen mit einzu-beziehen, bleibt trotzdem oft ein schaler Nachgeschmack.

VON ISABELLA LANG UND ELLA AUGUSTEYNS



Zweifel und etwas Misstrauen schleichen sich ein. Ist Bio gleich Bio? Ist Bio drin, wo Bio drauf steht? Ist Bio wirklich gesünder für unseren Körper? Können wir den Bio-Siegeln und den auf Hochglanz polierten Marken wirklich trauen?

Immer wieder stehen wir vor den gleichen Problemen: Das eine Bioprodukt im Discounter kommt uns zu billig vor und schürt unsere Zweifel: Warum ist gerade dieses billiger als andere vergleichbare Produkte? Bedeutet das, es ist weniger bio, weniger gesund, weniger ökologisch? Das andere Produkt im Biosupermarkt erscheint uns manchmal zu teuer. Sollen wir so viel Geld ausgeben, nur um uns „billig“ ein ruhiges Gewissen, ein Stückchen Umweltschutz und gesunde Ernährung zu kaufen? Suggestieren uns die schönen Verpackungen nur, dass wir mit unserem Einkauf diese heile Welt wahren, aber in Wirklich-

keit geht es lediglich um Profit?

Auch wenn Lebensmittelkandale oft medial stark aufgebaut werden, wird einem dadurch wieder bewusst, wie komplex und undurchschaubar unser Lebensmittelsystem im Hinblick auf Produktion, Distribution und Handel geworden ist. Der Markt für biologisch produzierte Produkte wächst immer noch rapide an und hat beeindruckende Ausmaße erreicht. 2011 wurden 21,5 Milliarden Euro im europäischen Bio-

markt umgesetzt, davon knapp über eine Milliarde in Österreich. Es geht also um viel Geld, unzählige Akteur*innen haben ihre Finger im Spiel, und mittlerweile versuchen auch die großen multinationalen Konzerne, wie aktuell beispielsweise Nestle, im Biobereich Fuß zu fassen.

Im Hinblick auf diese Dimensionen kann unserer Meinung nach anerkannt werden, dass Kontrollen der Biobauern und -bäuerinnen sowie der langen Kette der Verarbeitung und Verteilung hin zu den Konsument*innen durchaus notwendig erscheinen und ihre Funktion gut erfüllen. Bis auf die paar schwarzen Schafe, die ab und zu in den Medien auftauchen, kann so garantiert werden, dass die jeweiligen Produkte zumindest nach den europäischen Standards des Biolandbaus hergestellt wurden.

Dennoch, oder gar deswegen, bleibt uns nach einem getätigten Einkauf im Su-

permarkt leider nicht das Gefühl völliger Zufriedenheit, sondern eher ein Gefühl, wir hätten das „kleinere Übel“ gewählt.

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ – meinte bereits Lenin Anfang des letzten Jahrhunderts; doch ist es ein Trugschluss anzunehmen, dass immer strengere Biokontrollen automatisch zu mehr Vertrauen seitens der Konsument*innen führen. Im Gegenteil: Je mehr Richtlinien und Kontrollen es gibt, desto stärker wird die Handlungsfreiheit der Bauern und Bäuerinnen beschnitten, Kosten sowie die allgemeine Unzufriedenheit steigen.

Durch die Biokontrollen und die Biosiegel wird uns doch nur garantiert, dass die Biostandards eingehalten werden. Doch ist Bio in unseren Augen mehr als nur eine Verfahrenslehre mit dem Verzicht auf chemische Spritz- und Düngemittel und somit vielleicht gesünderen Lebensmitteln. Bio sollte mehr sein als nur den Mindestanforderungen zu entsprechen, um so bei den Kontrollen positiv abzuschneiden und letztendlich Geld damit zu machen.

Wenn wir wirklich wissen wollen, woher die Produkte stammen, wie sie produziert werden, wenn wir wirklich ein Vertrauensgefühl haben wollen, brauchen wir am Ende wohl doch den persönlichen Kontakt, einen Namen, ein Gesicht, einen Menschen.

Isabella Lang und Ella Augusteysn studieren beide an der Universität für Bodenkultur Wien und beschäftigen sich sowohl im Zuge ihres Studiums als auch im Zuge des täglichen Einkaufes intensiv mit der biologischen Landwirtschaft in all ihren Facetten.

ÄNDERUNGEN BEI DER BIO-KONTROLLE AB 2014

Vor-Ort-Kontrollen und Probeziehung: Die verpflichtenden jährlichen Vor-Ort-Kontrollen bei allen Bio-Betrieben und -Verarbeitern wird es weiterhin geben. Von diesen Kontrollen müssen zukünftig aber mindestens 10 Prozent unangekündigt erfolgen. Zusätzlich wird es noch bei mindestens 10 Prozent der Unternehmen unangekündigte Stichprobenkontrollbesuche geben. Diese Unternehmen werden auf Basis einer Risikobewertung ausgewählt.

Die Kontrollstellen müssen ab nächstem Jahr auch verpflichtend Proben ziehen und untersuchen. Die Zahl der Proben beträgt mindestens 5 Prozent der Anzahl der von ihnen kontrollierten Unternehmen. Zu den Details der Probeziehung sind noch viele Fragen offen. Außerdem werden die Kontrolleure zukünftig rotieren müssen. Auch hier muss die konkrete Umsetzung noch national festgelegt werden.

Informationsaustausch verbessern

Der Informationsaustausch zwischen Kontrollstellen, Landeslebensmittelbehörden und dem Gesundheitsministerium soll verbessert werden. So müssen etwa bei einem Kontrollstellenwechsel die Kontrollakten verpflichtend von der alten Kontrollstelle an die neue übermittelt werden. Auch die Kommunikation zwischen den Mitgliedsstaaten der EU und mit der Europäischen Kommission soll besser werden. Das betrifft vor allem den Austausch von Informationen, wenn bei importierten Waren Verstöße gegen die EU-Bio-Verordnung festgestellt werden.

Die Überwachungstätigkeit der Landeslebensmittelbehörden gegenüber den Kontrollstellen wird genauer festgelegt. Es wird auch eine jährliche Inspektion bei den Kontrollstellen geben. Überprüft werden u. a. die korrekte Durchführung der Kontrollverfahren, die Vorgehensweise bei der Sanktionierung sowie die Qualifikation der MitarbeiterInnen. Weiters wird es einen

nationalen Sanktionskatalog geben, der von allen Kontrollstellen anzuwenden ist. Dieser wird zumindest jene Verstöße regeln, die den Bio-Status von Waren betreffen.

Die Details, wie die neuen Regeln angewendet werden, müssen in den nächsten Wochen noch auf nationaler Ebene diskutiert und festgelegt werden.

Weitere Änderungen möglich

BIO AUSTRIA kritisiert, dass in der Europäischen Kommission gerade mehrere parallele Prozesse zur EU-Bio-Verordnung laufen, die das Bio-Kontrollsystem grundsätzlich verändern und daher große Verunsicherungen und negative Auswirkungen für den Bio-Sektor bringen können. Während die Generaldirektion Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung im Rahmen eines Impact Assessments den Änderungsbedarf der EU-Bio-Verordnung erhebt, hat sie bereits vor Abschluss dieses Verfahrens Änderungen betreffend die Bio-Kontrolle erlassen.

Parallel wird in der Europäischen Kommission an anderer Stelle, nämlich in der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher, auch an einer allgemeinen Verordnung über amtliche Kontrollen gearbeitet. Vor kurzem hat sie einen Verordnungsentwurf veröffentlicht, welcher die Bio-Kontrolle zukünftig im Rahmen des Lebensmittelsicherheitsrechts regeln würde. Es ist derzeit sehr schwierig zu beurteilen, welche Aus-

Die Europäische Kommission hat im April eine Änderung der EU-Bio-Verordnung in Hinblick auf die Bio-Kontrolle erlassen. Bereits ab 1.1.2014 müssen diese neuen Regeln auch in Österreich angewendet werden. Einige dieser Neuerungen wurden notwendig, da der Europäische Rechnungshof Mängel im Bereich der Kontrolle der Bio-Förderungen kritisiert hat. Mit einigen anderen Bestimmungen möchte die Europäische Kommission die Bio-Kontrolle verbessern.

VON BARBARA WALDNER



Foto: Margit Gruber

wirkungen eine solche neue Verordnung auf die Bio-Kontrolle haben würde. Es ist zu befürchten, dass das Bio-Kontrollsystem noch starrer und weniger praxisgerecht werden könnte.

Mag. Barbara Waldner ist Referentin für Agrarpolitik bei BIO AUSTRIA

GRÜNES MASCHERL ODER NACHHALTIGE VERBESSERUNG?

Die österreichische Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 kooperiert seit 2003 mit dem REWE-Konzern (damals noch BILLA). Mit dem Pestizidreduktionsprogramm (PRP) soll die Pestizidbelastung von Obst und Gemüse gesenkt werden, mit dem PRO PLANET-Siegel im Nachhaltigkeitsprogramm wird versucht, die konventionelle Landwirtschaft nachhaltiger zu machen.

VON IRMI SALZER



Felsenbirne, Foto: Margit Gruber

Dass Lebensmittel aus regionaler und biologischer Landwirtschaft die beste Wahl sind, wird von den drei GLOBAL 2000-MitarbeiterInnen, die ich zum Gespräch treffe, nachdrücklich betont. Dennoch mache es Sinn, konventionelle Produkte zu kontrollieren bzw. deren Produktionsbedingungen zu verbessern. Denn auch, wenn 100 % Bio unser aller Ziel wäre, dürfen wir die Augen vor der Realität nicht verschließen – ein Großteil der in den Supermarktketten verkauften Produkte stammt nach wie vor aus konventioneller Landwirtschaft. Verbesserungen derselben bieten deshalb die Chance, die ökologischen Belastungen der Lebensmittelproduktion breitenwirksam zu verringern.

Strenge Obergrenzen

Im PRP kontrolliert GLOBAL 2000 das Obst- und Gemüsesortiment aller REWE-Lieferanten. Wöchentlich werden Proben sowohl in- als auch ausländischer Ware gezogen. Erfahrungsgemäß stärker belastete Gemüse- und Obstarten wie Trauben oder häufig konsumierte Produkte wie Tomaten werden öfter kontrolliert. GLOBAL 2000 hat eigene PRP-Grenzwerte festgelegt, die weit strenger als die gesetzlich festgelegten Höchstwerte sind. Diese Obergrenzen orientieren sich an den ADI-Werten (Acceptable Daily Intake), um die Konsequenzen eines oftmaligen Verzehrs zu berücksichtigen. Die PRP-Obergrenzen sind an die höhere Empfindlichkeit von Kindern angepasst und für ein

Körpergewicht von 13,5 kg berechnet. Im Gegensatz dazu beziehen sich die gesetzlichen Grenzwerte auf den erwachsenen Menschen. Zusätzlich wird auch der Pestizidcocktail bewertet – durch die Belastung mit mehreren verschiedenen Pestiziden kann sich das Gefährdungspotenzial der einzelnen Wirkstoffe erhöhen. Wenn Produkte (Lieferanten) die gesetzlichen Grenzwerte überschreiten, führt das zu sofortiger Sperre. Halten sie die PRP-Obergrenzen nicht ein, werden sie zweimal kostenpflichtig nachkontrolliert bzw. bei weiterer Überschreitung gesperrt. Die Analyseergebnisse können im Internet eingesehen werden.

Aufgrund von Überschreitungen sind manche LieferantInnen bzw. manche Produkte schon ausgelistet worden. Dies wird von GLOBAL 2000 als Erfolg gewertet, ist es doch nicht selbstverständlich, dass die Einkäufer der Supermarktketten neben wirtschaftlichen Überlegungen auch gesundheitliche bzw. ökologische Kriterien in ihre Entscheidungen einbeziehen. Laut GLOBAL 2000 funktioniert die Zusammenarbeit mit REWE auf „Augenhöhe“. Es gäbe seitens des Konzerns keine Versuche, die Umweltschutzorganisation unter Druck zu setzen oder negative Ergebnisse zu vertuschen.

PRO PLANET – die „bessere“ konventionelle Landwirtschaft

Mit dem PRO PLANET-Siegel werden Produkte ausgezeichnet, die in ökologischer und sozialer Hinsicht gewissen höheren Standards entsprechen. Während die Caritas die Einhaltung sozialer Standards gewährleisten soll, nimmt GLOBAL 2000 die Produktionskette in Hinblick auf Ressourcenverbrauch, Emissionen, Pestizideinsatz und Humusbilanz etc. unter die Lupe. Die Betriebe müssen alle Obergrenzen bzw. produktspezifische Richtlinien einhalten, die ermittelten Werte werden auf www.proplanet-label.at veröffentlicht.

Zusätzlich wird mit den ProduzentInnen an betriebsindividuellen Lösungen gearbeitet. PRO PLANET-Produkte, die von GLOBAL 2000 bewertet werden, gibt es im Bereich Obst und Gemüse, Eier sowie Apfelsaft.

Schwarz oder weiß, grün oder hellgrün

Der Vorwurf, durch die Kooperation mit einem großen Konzern „Greenwashing“, also die Behübschung an sich bedenklicher Praktiken zu betreiben, ist den GLOBAL 2000-MitarbeiterInnen nicht unbekannt. Auch intern hat es lange Diskussionen gegeben, ob sich die Organisation auf diese Zusammenarbeit einlassen sollte. Letztendlich habe man sich dazu entschlossen, die Chancen auf positive Veränderung, die sich durch die Programme ergeben, nicht ungenutzt zu lassen. Das Engagement im Rahmen von PRO PLANET oder im PRP führe dazu, dass Ressourcen weniger belastet werden, KonsumentInnen bessere Produkte bekommen und ProduzentInnen dabei unterstützt werden, kleine Schritte in Richtung mehr Nachhaltigkeit zu setzen. Wichtig ist dabei, dass die Lobbyarbeit der Organisation durch die Kooperation nicht beeinflusst wird – man kritisiere die konventionelle Landwirtschaft weiterhin und propagiere den Umstieg auf Bio bzw. den Konsum von Bio-Produkten als beste Lösung. Die politische Arbeit darf durch die Kooperation nicht beeinträchtigt werden – einen Maulkorb lasse man sich nicht verhängen. Dies versuche der Konzern aber auch gar nicht.

Finanzielle Überlegungen waren für die Kooperation kein ausschlaggebendes Kriterium. Sicherlich wird

GLOBAL 2000 von REWE für die Dienstleistung – das Übernehmen eines Teils der Qualitätssicherung – bezahlt. Für das Selbstverständnis der Organisation ist es aber unerheblich, ob nun zehn MitarbeiterInnen mehr oder weniger angestellt werden können.

Problematisch wird aber gesehen, dass die hohen Anforderungen der Programme für Kleinbetriebe oft schwer zu überwindende Hürden darstellen. Laborkontrollen, Bilanzierungen etc. sind teuer und zahlen sich für kleine Betriebe, die den Anforderungen Genüge tun würden, nicht aus. Tendenziell sind es die größeren Einheiten, die sich den Mehraufwand und die zusätzlichen Kosten leisten können, die durch die Kooperation im Rahmen der Programme profitieren würden. Dies ist den MitarbeiterInnen der beiden Programme bewusst – eine Lösung für dieses systemimmanente Problem ist aber schwierig.

GLOBAL 2000 versucht mit der Kooperation, negative Auswüchse der konventionellen Landwirtschaft schrittweise zu minimieren. Dass es dabei Erfolge gibt, ist unbestritten. Die Risiken und „blinden Flecken“ einer Kooperation mit einem großen Konzern sind der Umweltschutzorganisation bewusst. Sie hat sich gegen Schwarz oder Weiß, „böses Konventionell“ und „gutes Bio“, sondern für einen Mittelweg entschieden.

Irmi Salzer
Pressereferentin
ÖBV-Via Campesina Austria

Leserbrief

Wie kam es zur Agrarchemie?

Bienensterben durch Maisbeizmittel. Österreicher mit Herbizid Glyphosat im Harn. Erdbeben der Stärke 2,5 durch Explosion einer Stickstoffdüngungsfabrik in Texas. Das waren Schlagzeilen aus jüngster Vergangenheit. Als Bio-Botschafter stellt sich mir die Frage, warum die Agrarchemie solche Ausmaße erreichen konnte. Der im Jahr 2002 verstorbene Alternativnobelpreisträger José A. Lutzenberger hat dies im April 2001 in einem Brief an die damalige grüne deutsche Landwirtschaftsministerin Renate Künast ausführlich dargestellt und brauchbare Alternativen aufgezeigt. Einige Auszüge daraus:

Die Stickstoffdüngung entstand aus der Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg. Es gab damals bereits ein Verfahren zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft. Durch den Krieg wurde es großtechnisch ausgebaut, denn Nitrate waren unentbehrlich für die Herstellung von Sprengstoffen. Als der Krieg zu Ende war, hatte die Industrie große Kapazitäten und unverkäufliche Lagerbestände. Man machte daraus Stickstoffdünger und drehte diesen den Bauern an. Im Zweiten Weltkrieg kam es zwar nicht zum Gaskrieg, es wurde aber fieberhaft geforscht. Bayer entwickelte u. a. Giftgase auf Basis von Phosphorsäureester. Kriegsende: selbe Geschichte. Große Kapazitäten für Produktion, große Lagerbestände, kein kriegerischer Absatz mehr. Jemand überlegte sich: Was Menschen tötet, tötet auch Insekten. Die Produkte wurden umetikettiert zu „Insektiziden“. Und das Geschäft bekam zweistellige Wachstumsraten. Der Staat half tüchtig mit. Die Beratungsstellen unterwarfen sich total. Ergebnis: siehe oben.

Georg Sams
5202 Neumarkt a. W.

Der ganze Brief von Lutzenberger an Künast ist zu finden unter:
<http://www.fgaia.org.br/texts/d-absurditat.html>

PARTIZIPATIVE GARANTIESYSTEME – ALTERNATIVEN ZUM HERKÖMMLICHEN BIO-KONTROLLSYSTEM

„Partizipative Garantiesysteme sind Qualitätssicherungsinitiativen, welche lokal von Bedeutung sind und auf der aktiven Teilnahme aller Beteiligten, inklusive ProduzentInnen und KonsumentInnen, beruhen und somit außerhalb oder auch abseits des Konzepts der Zertifizierung durch unabhängige Dritte betrieben werden.“ (eigene Übersetzung, vgl. May (2008))

VON LUDWIG RUMETSHOFER, MAGDALENA AIGNER UND STEFAN LEMMERER



Fotos: Nikolaus Hruschka

„Partizipative Garantiesysteme“ (PGS) stellen einen Bruch mit der herkömmlichen und in Europa einzig anerkannten Form der „Third Party Certification“, der Zertifizierung durch unabhängige Dritte, dar. Aufgrund der zum Teil beträchtlichen Kosten wie auch des bürokratischen Aufwandes für eine Zertifizierung durch eine anerkannte Kontrollbehörde entwickelten sich diese Garantiesysteme. Denn für viele (Klein-)BäuerInnen sind diese ein oft unüberwindbares Hindernis für den Umstieg zum Ökolandbau.

Interne Kontrollsysteme

Durch das sogenannte „Interne Kontrollsystem“ wurde in den letzten Jahren eine kostengünstigere und zumindest de

facto anerkannte Alternative zur herkömmlichen Zertifizierung geschaffen. Bei dieser überprüft die Kontrollbehörde nur die Rechtmäßigkeit/Validität eines internen Kontrollsystems einer Gruppe von BäuerInnen und nicht mehr jeden Hof einzeln. Jedoch ist damit vor allem die Zertifizierung von Exportgütern und damit der Zugang zu Exportmärkten erleichtert worden. In vielen Fällen ist nämlich ein westlicher Handelspartner oder eine Exportgenossenschaft Trägerin des Zertifikates (z. B.: Export von Bio-Kaffee). Die BäuerInnen können also keine weiteren Produkte als „ökologisch“ o. ä. vermarkten. Für viele KleinbäuerInnen stellt jedoch vor allem der lokale bzw. regionale Verkauf die Haupteinkommensquelle dar. Zudem besitzen vor allem die lokalen

Märkte in den Ländern des Südens ein enormes Potential zur weiteren Verbreitung des Ökolandbaus.

Die IFOAM, Dachorganisation der Ökolandbaubewegungen und MAELA (Movimiento Agroecológico de América Latina y el Caribe), die Agrarökologische Bewegung Lateinamerikas und der Karibik, organisierten deshalb 2004 einen Workshop unter dem Motto „Alternative Zertifizierung“, zu dem VertreterInnen von 20 verschiedenen alternativen Zertifizierungsprojekten eingeladen wurden und aus dem heraus das Konzept der PGS entwickelt wurde. Durch die intensive Bewerbung, aber auch durch die offensichtlich enorme Nachfrage, wurden in den letzten Jahren weltweit eine Vielzahl derartiger Zertifizierungsinitiativen gestartet und entwickelt.

Auch der mexikanische Kleinbauer Alejandrino Cruz ist Mitglied in einem PGS. Er baut unweit der Hauptstadt Oaxaca des gleichnamigen Bundesstaates Gemüse für den Eigenbedarf an und zieht in einem kleinen Gewächshaus in erster Linie Tomaten für den lokalen Verkauf. Er wird ein Mal jährlich von einer 4–6-köpfigen Gruppe, bestehend aus anderen ProduzentInnen, KonsumentInnen und MitarbeiterInnen der Zertifizierungsorganisation besucht. Bei diesem Besuch wird eine Überprüfung seiner Produktionsmethoden durchgeführt. Es geht dabei jedoch nicht um eine beinharte Kontrolle zur Aufdeckung von Fehlverhalten, sondern um Diskussion über Probleme, Wissensaustausch und das gemeinsame Finden von Lösungen.

Das Prinzip des Vertrauens

PGS sollen die Kommunikation und den Wissenstransfer fördern, um dadurch die Fähigkeiten und Methoden der Mitglieder, die oft keinen Zugang zu Schulungen und Fortbildungsmöglichkeiten haben, zu entwickeln bzw. verbessern. PGS basieren

auf dem Prinzip des gegenseitigen Vertrauens, das durch die Bekanntschaft innerhalb der Gruppe und gemeinsame Werte hergestellt und gestärkt wird. Transparenz stellt dabei eine der Säulen für das Funktionieren und die Validität dieser Zertifizierungssysteme dar. Die Dokumente und Informationen über das PGS, seien es die Regeln, die Ausweisung der zertifizierten Mitglieder, Entscheidungsfindungsprozesse etc., müssen öffentlich zugänglich und für alle verständlich sein. Außerdem ergibt und entwickelt sich Transparenz auch entscheidend durch das namensgebende Prinzip der Partizipation: Durch die aktive Teilnahme bzw. die Durchführung der Hof- und Betriebsbesichtigungen durch die ProduzentInnen und KonsumentInnen selbst wird Transparenz und Vertrauen hergestellt. Die aktive Teilnahme beschränkt sich jedoch nicht nur auf den „Kontrollvorgang“ und den laufenden Betrieb, sondern ist bereits bei der Gründung eines PGS von entscheidender Bedeutung. Die Gründungsmitglieder entscheiden gemeinsam über die zugrundeliegenden Regeln und Formalitäten, die den jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen angepasst bzw. diesen entsprechend entwickelt werden. Durch die aktive Teilnahme vor allem der ProduzentInnen an diesem Prozess soll das Verständnis für die Prinzipien der Ökologischen Landwirtschaft und die darauf aufbauenden Regeln und Einschränkungen gefördert werden. Die festgelegten Bestimmungen sind dabei jedoch nicht als in Stein gemeißelt anzusehen, sondern können und sollen sich ebenso weiterentwickeln wie auch die Fähigkeiten und das Wissen der einzelnen AkteurInnen. Die regelmäßige Kommunikation zwischen den Beteiligten stellt daher eine inhärente Eigenschaft eines PGS dar. Hinter der gemeinschaftlichen Struktur dieser Zertifizierungssysteme steht als wesentliches das Prinzip der Horizontalität, im Sinne von Gleichberechtigung, Arbeitsteilung



und Demokratie sowie dem Vermeiden von Hierarchien bzw. hierarchischen Beziehungen.

Vorreiter Frankreich

Obwohl das Konzept der PGS vor allem in Hinblick auf KleinbäuerInnen in Ländern des globalen Südens entwickelt wurde, gibt es durchaus auch Beispiele in westlichen Nationen wie den USA, Neuseeland und Frankreich, welche durchaus erwähnenswert sind. In Frankreich unterhielt die 1964 gegründete Biobauernvereinigung Nature & Progrès vor der Einführung der europaweit einheitlichen Richtlinien zum Biolandbau mit ihren klaren Bestimmungen (auch zur Zertifizierung) jahrelang ein eigenes Label mit einem internen, partizipativen Zertifizierungssystem. Ein beträchtlicher Teil der Mitglieder boykottierte jedoch das neue, als inadäquat und zu teuer angesehene, unabhängige Zertifizierungssystem, weshalb sich die Organisation dazu entschloss, ihr eigenes Label über die partizipative Zertifizierung weiterzuführen. In regionalen Zusammenschlüssen werden Hofbesuche durchgeführt von Gruppen, die aus den jeweiligen ProduzentInnen, VerarbeiterInnen, KonsumentInnen und evtl. anderen

externen Personen bestehen bzw. zusammengesetzt sind. (In Gebieten wo es keine lokalen „Überprüfungsgruppen“ gibt, werden von der Organisation professionelle PrüferInnen geschickt.) Mindestens einmal im Jahr treffen sich die Mitglieder einer Region und es wird über die Hofbesuche und etwaige Probleme diskutiert und ein Abschlussbericht mit Empfehlungen bezüglich der Zertifizierung an die Organisation geschickt. Diese überprüft den Prozess und die Daten und stellt dann das Zertifikat aus.

Ein beträchtliches rechtliches Hindernis für PGS in Europa, aber auch in vielen anderen Staaten, stellt derzeit jedoch vor allem der Umstand dar, dass sie nicht als gültige Biozertifizierungssysteme anerkannt sind und die Mitglieder daher nicht berechtigt sind, ihre Produkte als „ökologisch“ o. ä. zu vermarkten. Im Falle von Nature & Progrès, das in Frankreich als Pionierorganisation des Ökolandbaus bekannt und etabliert ist, ist der Nichterhalt des EU-Biosiegels für die BäuerInnen verkraftbar, wenngleich auch hier beim Verkauf an spezialisierte Bioläden oft Probleme entstehen. Aber trotzdem wird bei genauerem Hinsehen deutlich, wofür PGS im Besonderen geeignet sind: Der Großteil

der BäuerInnen verkauft die Produkte lokal und direkt an einen in der Regel fixen Kundenstock. Hier bestehen u. a. auch für österreichische BiobäuerInnen Chancen zur Entwicklung von PGS. Insbesondere dort, wo Vertrauen durch Partizipation aufgebaut werden kann, also in der lokalen Direktvermarktung, ist eine unabhängige Kontrolle nicht notwendig. PGS stellen hier eine wertvolle Alternative dar, die neben Kosteneinsparungen und geringerem Bürokratieaufwand auch engere Beziehungen unter BäuerInnen sowie zwischen BäuerInnen und KonsumentInnen fördert. Damit wird der Wissensaustausch erhöht und die Möglichkeit zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Ökolandbaus besteht.

Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es ohne EU-Siegel derzeit auch keine öffentlichen Förderungen für die biologische Bewirtschaftung gibt und im Falle von anonymen Absatzmärkten, wie dem Lebensmitteleinzelhandel oder beim Export das herkömmliche System der Kontrolle durch unabhängige Dritte weiterhin dominieren wird.

Daher besteht dringender Handlungsbedarf, besonders von Seiten der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche PGS in die rechtlichen Regelungen mit einbeziehen und als wert- und vertrauensvolle Qualitätssicherungssysteme anerkennen. Dadurch können diese einen Beitrag zur Entwicklung einer vielfältigen, ökologisch und sozial nachhaltigen, sowie einer lokal angepassten Landwirtschaft liefern.

Magdalena Aigner, Stefan Lemmerer, Ludwig Rumetschhofer sind Studierende an der Universität für Bodenkultur und nahmen an der Exkursion nach Mexiko teil.

Literatur:

May, C. (2008): PGS GUIDELINES – How Participatory Guarantee Systems can develop and function. IFOAM. Bonn

Info

Die diesjährige „Interdisziplinäre Exkursion zur Ökologischen Landwirtschaft“ der Ökolandbaustudierenden der Universität für Bodenkultur Wien führte im April nach Mexiko, Herkunftsland einer Vielzahl landwirtschaftlicher Nutzpflanzen wie Mais, Bohnen und Paprika und ein Zentrum des indigenen bäuerlichen Widerstandes. Dabei stießen die ExkursionsteilnehmerInnen auf alternative Formen der Bio-Zertifizierung, wie sie in vielen lateinamerikanischen und asiatischen Ländern in den letzten Jahren verstärkt praktiziert werden, in Europa jedoch weitgehend unbekannt sind.

kurz & bündig

irmi

DIE FACKEL WIRD AN AFRIKA WEITERGEGEBEN

Vom 9. bis 13. Juni fand die 6. Internationale Konferenz von La Via Campesina (LVC) in Jakarta (Indonesien) statt. Die Internationale Konferenz ist das höchste Gremium von La Via Campesina und hat wichtige Entscheidungen über zukünftige Strategien, neue Mitgliedsorganisationen, neue Koordinator_innen und andere wichtige interne Fragestellungen getroffen.

LVC verkündete, dass das internationale operative Sekretariat, das in den letzten acht Jahren in Asien war, nun nach Simbabwe in Afrika übergeben wird. „Wir werden die Fackel an Afrika weitergeben in diesem Jahr. Afrika ist ein sehr wichtiger Kontinent, weil die transnationalen Konzerne ein Auge auf ihn geworfen haben. Sie reißen Land an sich und wollen die grüne Revolution samt GVOs als Zukunftsmodell verordnen. Wir in Asien wissen bereits, dass die grüne Revolution hier versagt hat. Wir vergrößern die Solidarität, um gemeinsam mit den afrikanischen Bäuer_innen diese Neokolonialisierung zu stoppen und einen Pfad der Entwicklung zu wählen, von dem die Menschen und Bauern in Afrika tatsächlich profitieren“, sagte Henry Saragih, globaler Koordinator von LVC und Leiter des internationalen Sekretariats. 33 neue Mitgliedsorganisationen wurden auf der Konferenz bestätigt, zum Teil auch aus neuen Ländern wie Palästina und Taiwan.

Damit gibt es nun insgesamt 183 Mitgliedsorganisationen. Diese Mitglieder sind nicht nur bäuerliche Organisationen, sondern auch Bewegungen von Indigenen, Frauenbewegungen, städtische Bewegungen, Bewegungen von Landlosen und viele andere. Ein zukünftiger Schwerpunkt von La Via Campesina wird die Stärkung der Kampagne zum Stopp von Gewalt gegen Frauen sein. Außerdem soll der Jugend mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden und auch die globale Saatgut-Kampagne wird einen Schwerpunkt darstellen.

Die Erklärung von Maputo enthält außerdem die Kernthesen „Aufbau einer globalen Bewegung für Ernährungssouveränität mit Verbündeten“, „Drängen auf eine UN-Erklärung zu Bauernrechten“, „Widerstand gegen freien Handel und transnationale Konzerne“, „Förderung der Agrarreform“ und „Stoppen des Klimawandels“.

(Quelle: Presseaussendung von La Via Campesina)

ENTTÄUSCHENDE EINIGUNG BEI GAP-REFORM

Ende Juni haben sich EU-Kommission, Parlament und der Rat der Landwirtschaftsminister_innen weitgehend auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik geeinigt. Trotz der Beteuerungen, dass die GAP nun „fairer und grüner“ werden soll, ist der große Wurf ausgeblieben. Parlament und Rat haben das von der Kommission vorgeschlagene und ohnehin schwachbrüstige Greening nun noch weiter verwässert. So müssen Betriebe mit 15 bis 30 ha Ackerland nur mindestens zwei Kulturen anbauen, erst ab 30 ha sind drei Kulturen verpflichtend. Die Ökologischen Vorrangflächen werden auf 5 % reduziert und müssen nur von Betrieben mit mehr als 15 ha Acker angelegt werden. Sogenannte „Äquivalenzlisten“ werden dafür sorgen, dass Maßnahmen aus den Umweltprogrammen als Greening angerechnet werden. Zu einem Beschluss von verpflichtenden Obergrenzen und einer Staffelung der Förderungen kam es nicht – angeblich kann eine Einigung bis zum Herbst dauern; höchstwahrscheinlich werden Obergrenzen eine freiwillige Maßnahme der Mitgliedsstaaten darstellen. Die künftige einheitliche Regionalprämie, die in Österreich als Umverteilung gepriesen wurde, wird nur in kleinen Schritten Realität: Bis zum Jahr 2019 sollen alle Bäuerinnen und Bauern Direktzahlungen in der Höhe von mindestens 60 % des nationalen oder regionalen Durchschnitts erhalten, gleichzeitig darf es nicht zu Verlusten von mehr als 30 % der Zahlungen aus der Ersten Säule kommen. Zudem bekommen extensive Flächen nur 25 % der Prämie – die historische Benachteiligung des Grünlandes wird somit fortgesetzt.

Enttäuschend ist weiters die Ablehnung des Milchmodells des französischen Abgeordneten Michel Dantin, der vorgeschlagen hatte, Milchproduzent_innen für eine freiwillige Produktionsbeschränkung

im Krisenfall zu belohnen und für eine Produktionssteigerung zu bestrafen.

Einige positive Aspekte sind dennoch zu verzeichnen: Mitgliedsstaaten haben die Möglichkeit, die Direktzahlungen für die ersten 30 ha aufzustocken – eine Option, die Österreich trotz der Lippenbekenntnisse zur kleinstrukturierten Landwirtschaft wahrscheinlich nicht wahrnehmen wird. Erfreulich ist auch, dass es gelungen ist, die Ausgleichszulage für Benachteiligte Gebiete in ihren Grundzügen zu erhalten und dass die Interventionsmöglichkeiten ein wenig ausgeweitet wurden (Quellen: aiz-info, AgE).

Die durch die Bank positiven Reaktionen der konservativen österreichischen Agrarfunktionäre, die jahrelang gegen die „überbordenden Greening-Fantasien der EU-Kommission“ und für „Planungssicherheit“ (Jakob Auer) gekämpft haben, sind ein Zeichen dafür, dass die Reform nun weder fair noch grün sein dürfte. Deshalb gilt es weiterhin, für eine halbwegs akzeptable Ausgestaltung der nationalen Umsetzung zu kämpfen.



STRAT.AT 2020 – VIEL HEISSE LUFT

In Salzburg wurde Mitte Juni bei brütender Hitze die sogenannte „Partnerschaftsvereinbarung“ Österreichs mit der EU vorgestellt. Im Zuge der Agrarreform sind die Mitgliedsländer verpflichtet, in dieser Vereinbarung „die Eckpfeiler der geplanten Aktivitäten der einzelnen Fonds“ (Ländliche Entwicklung, Sozialfonds und Regio-

nalfonds) darzulegen. In Österreich erfolgt die Erstellung der Partnerschaftsvereinbarung im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) und trägt den Namen „STRAT.AT 2020“. Die Kommission will mit der Verpflichtung zur „Partnerschaftsvereinbarung“ erreichen, dass die Fördermaßnahmen der einzelnen Fonds die europaweit definierten EU 2020 Ziele umsetzen. Zudem sollen sie einander ergänzen und unterstützen, anstatt dass wie bisher jeder Fonds sein eigenes Süppchen kocht. Zudem behält sich die Kommission vor, einen Teil der Gelder zurückzubehalten, wenn die selbstgesteckten Ziele nicht erreicht werden. Prinzipiell ja eine gute Idee – die Umsetzung in Österreich lässt aber zu wünschen übrig.

Der ELER (Fonds für die Ländliche Entwicklung) wird mit voraussichtlich fast 4 Mrd. Euro die weitaus höchste Dotierung aufweisen, EFRE und ESF verfügen zusammen über ca. 900 Mio. Euro. Trotzdem sind die Verantwortlichen für die Programmausgestaltung des ELER sowie die (Agrar-)Politiker nicht bereit, angemessene Summen für „allgemeine“ Ziele der Ländlichen Entwicklung und neue thematische Herausforderungen vorzusehen. Grundtenor der Programmverantwortlichen war demnach auch, dass „der bewährte österreichische Weg der Ländlichen Entwicklung fortgesetzt werden“ kann. „Für die Klienten der Ländlichen Entwicklung ändert sich ‚fast nichts‘, aber für die Programmbeamten alles“ – im Klartext bedeutet das, dass diejenigen, die das größte Stück vom Kuchen bekommen haben, ihn erfolgreich verteidigen werden.

Zudem ist die Einbindung der Zivilgesellschaft im ganzen STRAT.AT 2020 Prozess äußerst mangelhaft. Partizipation erschöpft sich in der Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben, die Dokumente sind in einer äußerst technokratischen Sprache verfasst.

Viel heiße Luft eben ...

BIENENSTERBEN: EU ALS RETTERIN?

Angesichts des Bienensterbens wird die EU-Kommission gerne zur Retterin hochstilisiert, die das Verbot dreier bienenschädlicher Pflanzenschutzmittel trotz des verantwortungslosen österreichischen Umweltministers durchsetzt.

VON ASTRID ÖSTERREICHER



Niemand scheint sich zu fragen, warum diese hochgiftigen Insektizide überhaupt auf den Markt gelangt sind. Gibt es in der Europäischen Union nicht Institutionen, die dafür Sorge tragen, dass in die Umwelt eingebrachte Stoffe unbedenklich sind? Theoretisch schon. Die im italienischen Parma ansässige europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA spielt eine Schlüsselrolle in der Zulassung von Tausenden von Produkten, die früher oder später auf unseren Tellern landen: Pestizide, Lebensmittelzusatzstoffe und Produkte der Gen- und Nanotechnologie. Die EU-Kommission hat die Behörde 2002 geschaffen, als Antwort auf eine Reihe von Lebensmittelskandalen, die für Verunsicherung in der Bevölkerung gesorgt hatten.

Die Insektizide aus der Gruppe der Neonicotinoide wurden ab Mitte der 1990er Jahren zugelassen, damals noch auf

Basis eines kommissionsinternen Gutachtens. Seitdem laufen ImkerInnen Sturm gegen den Einsatz dieser Mittel. Eine Flut an wissenschaftlichen Studien belegte die Gefährlichkeit. Doch erst mussten Milliarden Bienen sterben, erst musste die wissenschaftliche Beweislage sich so stark erhärten, dass selbst die als industriefreundlich bekannte EFSA den Zusammenhang nicht mehr leugnen konnte.

Absurd ist, dass derzeit über strengere Zulassungskriterien für harmloses Saatgut diskutiert wird, während die Zulassungstests für Herbizide, Fungizide, Pestizide und sonstige -zide vergleichsweise lasch bleiben sollen. Konkret gibt es zwar EU-Richtlinien über die Tests, die diese Produkte bestehen müssen, bevor sie auf den Markt kommen, in der Praxis hat aber die EFSA als umsetzende Behörde beträchtlichen Gestaltungsspielraum.

Sorglose Vergabe von Zulassungen

Wie sehen nun die Zulassungsverfahren aus, die potentiell gefährliche Produkte derzeit durchlaufen müssen? Angenommen, ein Unternehmen möchte ein neues Pestizid auf den Markt bringen, so muss es als ersten Schritt wissenschaftliche Untersuchungen über dessen Ungefährlichkeit für die menschliche Gesundheit und die Umwelt vorlegen.

Natürlich wird die Gefährlichkeit der Produkte in diesen Studien generell niedrig eingestuft, da das Unternehmen ein Interesse daran hat, das Produkt zu vermarkten. Die EFSA selbst betreibt keine Studien, sie bildet sich lediglich ein Urteil auf Basis der vorgelegten Studien.

Diese institutionelle Fahrlässigkeit, sich auf Studien zu verlassen, die die Industrie selbst finanziert, wird noch verstärkt durch die Tatsache, dass die meisten dieser Studien unter dem Deckmantel des „Schutzes von Geschäftsgeheimnissen“ niemals veröffentlicht werden. Dadurch wird die Überprüfung der Ergebnisse durch eine unabhängige Wissenschaft verunmöglicht, obwohl dies zu den grundlegenden Pfeilern der Wissenschaftlichkeit zählt. Selbst wenn unabhängige wissenschaftliche Studien veröffentlicht werden, die Mängel von zugelassenen Produkten aufzeigen, so berücksichtigt die EFSA diese nur unzureichend (CEO et al. 2012).

Den Agro-Konzernen wird nicht nur erlaubt, ihre Produkte selbst zu testen und die Studien unter Verschluss zu halten; ihnen wird auch beträchtliche Mitgestaltung bei der gesetzlichen Formulierung der Tests zugestanden. Beispielsweise wurde bei der Überarbeitung der EU-Richtlinie 91/414, die Zulassungsverfahren für Pestizide festlegt, auf Anraten einer von der Industrie gesponserten Expertengruppe nur

ein akuter Toxizitätstest für Bienen als notwendig festgelegt. Dabei sind Bienen typischerweise den Pestiziden chronisch, nicht akut, ausgesetzt, wenn sie Pollen und Nektar sammeln oder pestizidverseuchtes Wasser aufnehmen. Auch wenn diese minimalen Dosen sie nicht sofort umbringen, so entstehen doch über eine längere Periode ernsthafte Auswirkungen auf die Gesundheit der Bienenvölker.

Selbst innerhalb dieses zweifelhaften Zulassungs-Apparats lässt sich der Zusammenhang zwischen Pestiziden und Bienengesundheit nicht mehr verheimlichen, weshalb nun die Kommission tätig wurde. Sogar die EFSA hat 2012 in einer Bewertung der Verfahren enorme Mängel festgestellt: Desorientierung der Sammelbienen, Toxizität für Bienenlarven und langfristige Effekte von Pestiziden werden bei der Zulassung nicht getestet. Fazit: Es gab bis jetzt nicht einmal brauchbare Richtlinien, um das Risiko für Bienen durch Pestizide angemessen abzuschätzen. Doch zugelassen hatte man die Mittel schon seit Jahrzehnten. Lobbygruppen der Industrie sorgen nun mit fachlich zweifelhaften Argumenten dafür, dass es auch in Zukunft nicht zu strengeren Zulassungsverfahren kommt, weshalb der vorgeschlagene Leitfaden der EFSA immer noch nicht beschlossen wurde.

Umdenken notwendig

Der Effekt dieses dürftigen Zulassungssystems ist, dass die Zivilgesellschaft die Gefährlichkeit von Produkten nachweisen muss, oft Jahre nachdem das Produkt auf den Markt kam und bereits erhebliche Schäden entstanden sind. Ein bekanntes Beispiel für die Mängel eines solchen Systems ist die Tabakindustrie, die durch gesponserte Wissenschaft jahrzehntelang gesetzliche Einschränkungen vermeiden konnte. Ein neueres Beispiel ist nun das Bienensterben. Bei ernstzunehmender Beachtung des Vorsorgeprinzips



Foto: Bertram Hofer

hätte den Neonicotinoiden die Zulassung niemals erteilt werden dürfen; schließlich lässt sich leicht feststellen, dass der Toxizitätsgrad dieser Insektizide um ein 7.000faches höher liegt als jener von DDT (Bonmatin 2009). Es ist an der Zeit, dass sich die europäische Öffentlichkeit der grundsätzlichen Mängel des Zulassungsprozesses bewusst wird, wenn wir nicht weiterhin vermeidbare ökologische und gesundheitliche Schäden in Kauf nehmen wollen.

Dafür ist auch ein Umdenken notwendig, was die „konventionelle“, also die gängige und normale Form der Landwirtschaft anbelangt. Letztlich entscheiden die politischen Institutionen der EU auf Basis des EFSA-Gutachtens darüber, ob ein Pestizid zugelassen wird. Dabei fließen auch andere Überlegungen mit ein: etwa die Annahme, dieses Pflanzenschutzmittel sei unbedingt notwendig, um bestimmte Krankheiten oder Schädlinge in Zaum zu halten. Solange also unsere politischen VertreterInnen sich kein anderes Landwirtschaftsmodell vorstellen können als das konventionelle chemie-basierte, wird

weiterhin ein giftiges Pestizid durch ein anderes giftiges Pestizid ersetzt werden. Dabei zeigen ökologische LandwirtInnen seit Jahrzehnten vor, dass es auch anders geht. Es ist höchste Zeit, dass dieses Wissen durchsickert.

Astrid Österreicher hat Internationale Entwicklung studiert und letztes Jahr eine Saison lang die Bienenvölker von „Mellifera e.V.“ – Verein für wesensgemäße Bienenhaltung“ betreut.

Quellen:

Bonmatin, J.M. (2009) Conclusions Round Table on intoxication of bees due to pesticides: results from scientists, presentation at 41th Apimondia Congress, 15-20 September 2009, Montpellier.

Corporate Europe Observatory & Earth Open Source (2012) Conflicts on the menu.

A decade of industry influence at the European Food Safety Authority (EFSA).

<http://corporateeurope.org/publications/conflicts-menu>

EFSA Panel on Plant Protection Products and their Residues (2012) Scientific Opinion on the science behind the development of a risk assessment of Plant Protection Products on bees (*Apis mellifera*, *Bombus* spp. and solitary bees). EFSA Journal 2012, 10(5) 2668.

EU-Richtlinie 91/414 vom 15. Juli 1999, konsolidierte

DEUTSCHE EUROPAPOLITIK VOR UND NACH 1945

Die Professoren für Agrarpolitik, welche nach 1945 an den Universitäten tätig waren und so die zukünftige Landwirtschaftspolitik Deutschlands mitbeeinflussten, waren fast ausnahmslos alle vor 1945 in NS-Strukturen und Wissenschaftsstrukturen tätig – eine in der letzten Ausgabe thematisierte Kontinuität, welche nachstehend im Kontext der deutschen Europapolitik thematisiert wird.

VON KATRIN HIRTE

Während in gängigen Übersichtswerken zu Europa bzw. der Europäischen Union meist nur auf die föderalistischen Vordenker der EU verwiesen wird – hier angelehnt an z. B. Abbé Charles Irénée Castel de Saint Pierre (1658–1743), Jean-Jacques Rousseau (1712–1778), Immanuel Kant (1724–1804), Henri de Saint-Simon (1760–1825), Victor Hugo (1802–1885) u. a. – gab es ebenso hegemoniale elitäre Europa-Ideen, welche letztlich in eine nationalsozialistische Eroberungspolitik mündeten – vor 1933 insbesondere von Ernst Hasse, Friedrich Naumann, Friedrich Ratzel, Karl Haushofer und Richard Coudenhove-Kalergi vertreten.

1895 – Europa im Dienste Großdeutschlands

Ein erster kompakter Plan zu Europa wurde 1895 von Ernst Hasse, dem Reichstagsabgeordneten und ersten Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, vorgelegt. Wie der Titel „Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950“ schon andeutet, ging es dabei um die Zukunft Europas unter elitärer Sicht eines zentralen „Großdeutschlands“. Dementsprechend wurde über alle damaligen Länder befunden. Strategisch sollten „starke“ Mitländer Deutschland wie ein Schutzgürtel umgeben – daher wurde z. B. Polen „akzeptiert“, aber Österreich, Tschechien, Slowenien und Slowakei eine eigene Existenz abgesprochen und

Kroatien, Serbien und Bosnien sollten zu einem „südslawischen Königreich“ vereint werden.

1928 – Die Geopolitik von Haushofer

War in diesem Plan die direkte politische und militärische Aufstellung der Länder im Verhältnis zu Deutschland noch unbegriffen, verlagerten sich Planungsideen mit Zunahme der Bedeutung von Handel und Industrialisierung zunehmend zu geopolitischen und später erzeugungspolitischen Entwürfen. Mit seiner Geopolitik 1928 sowie seiner „Weltpolitik von heute“ 1934 legte Karl Haushofer eine weltpolitische Gesamtschau vor, in der die Expansionsbestrebungen der Weltmächte deterministisch mit den Zahlen zur Bevölkerungsdichte erklärt wurden, wobei Deutschland und Japan unter besonders hohen „Volksdruckzahlen“ zu leiden hätten. Der Geopolitiker Karl Haushofer war Professor in München, Rudolf Hess sein „Schüler“ und Heinz Haushofer, sein Sohn, war einer der Agrarpolitiker, welche bis nach 1945 tätig waren. Zudem war letzterer auch der hauptsächliche Geschichtsschreiber der deutschen Agrarpolitik nach 1945, dem es 1958 mit seiner „Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik“ gelang, die Ideengeschichte zu 1933 bis 1945 zu schreiben, ohne die „Ideen“ zur nationalsozialistischen Ära und ihre Träger wirklich zu thematisieren. Zu Herbert Backe, dem letzten Landwirtschaftsminister unter Hitler, hieß es gar: „Die Aufrechterhaltung der Ernährung des deutschen Volkes und mindestens zu einem Teil auch der übrigen kontinentaleuropäischen Völker war also eine im Wesentlichen fachliche Leistung der Männer, die Träger des agrarpolitischen Geschehens waren ... Dass dies so war, ist das unbestreitbare Verdienst von Herbert Backe, dessen menschliche Sauberkeit und klares Denken bis zuletzt das Gepräge gaben.“ (Haushofer 1958, 335)

1935 begann Heinz Haushofer seine Arbeit im Reichsnährstand von Richard Darré in der Reichshauptabteilung III „Markt“ des Verwal-

tungsamtes des Reichsnährstandes und wurde dort Abteilungsleiter. Ab 1937 war Haushofer dann als Landwirtschaftsattaché Vertragsbeamter des Deutschen Reiches in Wien (so wie Otto Schiller in Moskau und Wilhelm Weber in Rom). Ab dem 30.04.1938 war er als Sachverständiger des Reichsernährungsministeriums in Bukarest. Ab Ende 1938 war Haushofer dann wieder in Wien als Sonderbeauftragter der „Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse“. Noch im April 1944 nahm er an den Hochschulwochen der Wehrmacht in Griechenland teil. Danach wurde er im Zuge des konservativen Widerstandes verhaftet. Ab 1947 war Heinz Haushofer dann Mitglied im Vorstand und Aufsichtsrat des KTL Bad Pyrmont, ebenso Mitarbeiter im Generalsekretariat des Bayerischen Bauernverbandes, ab 1949 Mitarbeiter im bayrischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. 1955 bis 1957 arbeitete er als Prokurist und Abteilungsleiter bei Lanz. Ab 1958 war Haushofer im Zentralausschuss der Deutschen Landwirtschaft in Bonn tätig und nahm in dieser Funktion auch an der ersten EWG-Konferenz in Stresa teil. Unter Bundesminister Schwarz war Haushofer dann von 1962 bis 1964 Grundsatzzreferent für Agrarpolitik im Bundesministerium für Landwirtschaft in Bonn. Ab 1965 hatte Haushofer in Weihenstephan einen Lehrauftrag für Agrarpolitik, ab 1968 war er dort Professor.

1933 – Erzeugungspolitische Pläne und Umsetzung als „Europäische Großbrauwirtschaft“

Eine zweite wesentliche Schiene der Europa-pläne waren dann insbesondere ab 1933 die erzeugungspolitischen. Zu einer „Europäischen Großbrauwirtschaft“ war vor allem Emil Woermann tätig, Agrarökonom und Rektor in Halle, bevor er 1935 zur Vierjahresplan-Behörde ging (1936 gegründet unter Führung von Herbert Göring) und später zum Mitteleuropäischen Wirtschaftstag (MWT), einer Interessensorganisation von Großindustriellen und



Großbanken; allerdings war langjähriger Leiter des MWT Thilo von Wilmowsky, welcher als Sohn des Rittergutsbesitzers und Chefs der Reichskanzlei Kurt von Wilmowsky sowie eingetraget in die Familie Krupp und dort im Aufsichtsrat die gezielte „Ehe“ zwischen Industrie und Landwirtschaft im Sinne einer koordinierten Politik zwischen beiden Interessensseiten anstrebte. Im MWT übernahm Woermann 1940 die Leitung des Landwirtschaftlichen Beirats. Mit Beginn der Okkupation der Ostgebiete gingen seine Arbeiten dann über Herbert Backe direkt an den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg. Nach 1945 wurde Woermann dann Professor in Göttingen.

1942 – Generalplan Ost – Siedlungs- und Vernichtungspolitik in den eroberten Gebieten

Eine dritte und gleichzeitig die unruhlichste Schiene europäischer Pläne ab 1933 war der Generalplan Ost. Die dort geplante Ostsiedlungspolitik in den besetzten Gebieten und gleichzeitig Vernichtungspolitik war u. a. Anliegen des Kommandostab Reichsführer-SS (RFSS) Heinrich Himmler, der schon 1933 Konrad Meyer zu seinem Siedlungsbeauftragten berief. Dieser etablierte zwischen 1933 und 1939 die Raumforschung als wissenschaftliche Disziplin (Universität Berlin), und als sich 1942 Himmler endgültig gegen andere Institutionen im weit verzweigten NS-Machtssystem durchsetzen konnte und die zentrale Planungshoheit auf diesem Gebiet erlangte, wurde Konrad Meyer der wichtigste Siedlungsbeauftragte und Siedlungsplaner des Deutschen Reiches und

Herbert Morgen und Heinz Hamann entstand, umfasste über 350.000 Quadratkilometer Fläche und 25 Mio. „unerwünschte“ Menschen. Nach 1945 wurde Konrad Meyer nur als NS-Mitglied zu zwei Jahren Haft verurteilt und später Professor in Hannover. Herbert Morgen fand man nach 1945 im Kontext der von Constantin von Dietze errichteten Struktur wieder: als Gründungsmitglied der „Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie“ (FAA), deren ersten Vorsitz Constantin von Dietze inne hatte.

Nach 1945

Die personellen Kontinuitäten vor und nach 1945 betreffen auch die Marktordnungspolitik sowie die Europapolitik nach 1945: Constantin von Dietze, Arthur Hanau (vor 1945 im Reichsamt für Wirtschaftsausbau), Heinrich Niehaus (ab 1942 Professor an der Reichsuniversität Posen, die „Ausbildungsstätte der zukünftigen NS-Elite“), Roderich Plate (ab 1937 Generalreferent für Volks-, Berufs- und Betriebszählung, d. h. verantwortlich für die „... Volkszählung, Konfessions- und Rassestatistik, Sonderauszählung der Juden, Sonderauszählung der Ausländer, Minderheitenstatistik ...“ und ab 1941 Inspekteur der Statistik der SS in der Statistischen Abteilung des SS-Hauptamtes) und der oben genannte Emil Woermann waren nach 1945 die Mitglieder des ersten Wissenschaftlichen Beirats der Bizonen-Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Noch 1944 hatte Emil Woermann die NS-Politik befürwortet mit den Worten: „Man muss in der Geschichte weit zurückgehen, um

gleichzeitig Chef des so genannten Forschungsdienstes, der zentralen Institution der Agrarwissenschaften ab 1933. Der „Generalplan Ost“, der 1942 unter Konrad Meyer und seinen Mitarbeitern

einem landwirtschaftlichen Reformwerk von solcher Tragweite zu begegnen, wie es die nationalsozialistische Agrarpolitik begonnen und in Tat umgesetzt hat. Die Schaffung eines neuen Bodenrechts, die organisatorische Zusammenfassung des ganzen Berufsstandes, die Ordnung der Agrarmärkte in Verbindung mit dem Festpreissystem und zahlreiche andere Maßnahmen sollen die Landwirtschaft für ihre nationalen und völkischen Aufgaben kräftigen.“ (Woermann 1944, 115). 1951 gehörte Emil Woermann dann zusammen mit Arthur Hanau, Constantin von Dietze und Heinrich Niehaus zu den Professoren im Ausschuss für landwirtschaftliche Marktordnungen, welche für Wettbewerb und gegen Marktordnungen eintraten, während sich die Verfechter landwirtschaftlicher Marktordnungen 1951 durchsetzten. Nach dem Eintritt der Bundesrepublik in den GATT 1951 wurde dann auch erfolgreich an eine Agrarpolitik angeknüpft, welche man schon vor 1945 kannte: Handel mit den Staaten, welche sich nach „... Angebot und Nachfrage am besten ergänzen ...“ (Kluge 1989, 153). Dabei verfolgte Deutschland (wieder) eine nationalistische Handelsstrategie, bei der auf Protektionismus gesetzt wurde und mit Gründung der GAP wurde dann der Protektionismus auf europäischer Ebene perfektioniert. Inwieweit das Denken solcher Vertreter wie Emil Woermann und Heinz Haushofer dabei relevant war, ist bis heute nahezu unerforscht.

Dr. Katrin Hirte, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE), Universität Linz, zuvor am Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften, Kassel/Witzenhausen.

Haushofer, Heinz (1958): *Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet. Band II.* Bayerischer Landwirtschaftsverlag München, Bonn, Wien.

Kluge, Ulrich (1989a): *Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland Band I.* Paul Parey Verlag Hamburg Berlin.

Woermann, Emil (1944a): *Zehn Jahre Erzeugungsschlacht und Ernährungswirtschaft.* In: *Die Deutsche Agrarpolitik.* Heft Januar/Februar. Zentralverlag der NSDAP Berlin, 115–120.

ÖBV-Info/Veranstaltungen

DIE BEDEUTUNG BÄUERLICHER ERHALTUNGSZUCHT

Über züchterische Maßnahmen zur Erhaltung bäuerlicher Getreidesorten in Theorie und Praxis

Feldforschungstag und Vorträge mit Dr. Bertold Heyden und Florian Walter

Sa, 20. Juli 2013, 9:00 bis 16:30

Kultursaal der Gemeinde Oberkurzheim in 8761 Götzendorf und auf den Versuchsäckern

Der Konzentrationsprozess am Saatgutsektor und die restriktive Saatgut-Gesetzgebung haben sowohl quantitativ als auch auf qualitativer Ebene zu einer Abnahme lokaler Sorten geführt. Mit dieser Veranstaltung soll das Bewusstsein für die Notwendigkeit bäuerlicher Saatgutarbeit geweckt werden.

Dr. Bertold Heyden ist Saatgutzüchter am Keyserlingk-Institut in Salem (www.saatgut-forschung.de). Er wird mit den TeilnehmerInnen am Getreidefeld die Kriterien zur Selektion von Saatgut erarbeiten. Im Vortrag sollen die Grundlagen bäuerlicher Saatguterhaltung erörtert werden.

Florian Walter ist Biobauer in Pöls, Saatguterhalter und Vorstandsmitglied in der ÖBV-Via Campesina Austria. Er wird in seinem Vortrag über die rechtlichen Rahmenbedingungen für SaatguterhalterInnen informieren. Er wird berichten, wie die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer selbstbestimmten bäuerlichen Sortenentfaltung im Wege stehen und was wir tun können.

Eingeladen sind biologisch wirtschaftende Bauern und Bäuerinnen der Region, die Mitglieder der Demeter-Bauerngruppe Kärnten/Steiermark, sowie an Saatgut- und Ernährungssouveränität interessierte Menschen.

TeilnehmerInnen-Beitrag: Euro 25,00

Die Veranstaltung wird vom LFI Steiermark gefördert.

Anmeldung (erbeten) unter LFI Steiermark: 0316/80 50 1478 oder per Mail an:

elisabeth.rosegger@lfi-steiermark.at
Veranstaltung der „AG Bäuerliches Saatgut Pölstal“, der Lehr- und Forschungsgemeinschaft für biodynamische Lebensfelder (LFG) und des LFI Steiermark

IDEENKÜCHE FÜR EINE GENIESSBARE BÄUERINNENWELT

Seminar für Frauen, die mit Landwirtschaft zu tun haben

Sa, 23. bis So, 24. November 2013

Beginn am Sa um 12:00 mit dem gemeinsamen Mittagessen, Ende am So um 15:00

Bildungshaus St. Klara, Salzburger Straße 20, 4840 Vöcklabruck
www.seminarhaus.stklara.at

Die eigenen Bedürfnisse und Erfahrungen sind die Zutaten, aus denen wir unser Süsschen kochen wollen. Die Ideenküche bietet den Ort, an dem wir Gleichgesinnte suchen und hoffentlich finden können. Gemeinsam möchten wir erarbeiten, wie wir

würzen, umrühren und uns zusammenschließen können, um unser Umfeld und die Agrarpolitik genießbar zu gestalten.

Frei nach dem Motto: Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf!

Bitte bring ein Küchengerät mit, mit dem du dich vorstellen möchtest und mit dem du an unserer Ideenküche mitkochen kannst!

Kosten für Unterkunft und Verpflegung:

EZ mit Dusche/WC

+ Verpflegung: Euro 63,50

DZ mit Dusche/WC

+ Verpflegung: Euro 58,50

EZ ohne Dusche/WC

+ Verpflegung: Euro 55,00

Es gibt keinen TeilnehmerInnenbeitrag.

Die Fahrtkosten (Öffis, 2. Klasse) können von der ÖBV erstattet werden.

Anmeldung: Judith Moser-Hofstadler, Tel. 0664/23 49 137, mail:

judith.moser-hofstadler@gmx.at

Kinderbetreuung wird bei Bedarf organisiert, bitte bei der Anmeldung bekannt geben.



Foto: Eva Geber



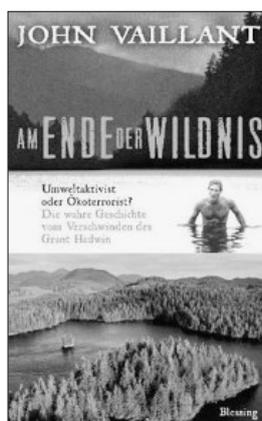
**Clemens Staudinger, Lutz Holzinger:
Schwarzbuch Raiffeisen
Mandelbaum Verlag, 2013**

Viele mögen beim Stichwort „Schwarzbuch“ oder aber bei „Raiffeisen“ mit „ned scho wieder“ oder aber „eh schon wissen“ reagieren. Doch das wäre in diesem Fall verfehlt. Mit dem „Schwarzbuch Raiffeisen“ ist kritischer Journalismus im besten Sinne verbunden. Dies ist dem sehr gut lesbaren, „unaufgeregten“ und auch humorvollen Schreibstil ebenso wie dem historischen Blick der beiden Autoren zu verdanken. Die Autoren versuchen nicht, alles zu erklären. Sie stellen Fragen – sehr wichtige und drängende Fragen.

Das Buch ist einerseits eine Fundgrube an sehr gut recherchierten, interessanten und weitgehend unterbelichteten Details in einem schier endlos breiten Themenspektrum. Doch wichtiger noch ist das Gesamtbild, das dieses Buch vor Augen führt. – Dieses Buch hat ein übergreifendes Thema, das nicht im Titel steht: Demokratie. Nicht dieser oder jener „Skandal“ machen dieses Buch aus, sondern das kritische Eintreten für eine Demokratisierung. Damit geht es nicht um Raiffeisen allein, doch wird deutlich, dass in Österreich kein Weg an der „Dreifaltigkeit“ von Raiffeisen, Bauernbund und Landwirtschaftskammer vorbei führt.

Raiffeisen versucht bisher, dieses Buch „nicht einmal zu ignorieren“. Das kann als Kompliment interpretiert werden. Nicht nur deshalb sind diesem Buch viele kritische LeserInnen und viele daran anschließende engagierte Diskussionen zu wünschen.

Franziskus Forster



**John Vaillant
Am Ende der Wildnis
Umweltaktivist oder Ökoterrorist?
Aus Protest. British Columbia, Kanada,
1997.**

Der Fall eines einzigen Baumes erschütterte eine ganze Nation.

Grant Hadwin wuchs inmitten riesiger Bäume und Wälder von kaum vorstellbarer Dimension im Bewusstsein unendlicher Ressourcen auf. Die Wildnis und die Waldarbeit zogen ihn schon früh an, so lernte er bei seinem Onkel, einem Holzfäller der alten Schule, das Handwerk des Holzfällens. Die Welt, in der er lebte, fasziniert ihn, sie ist geheimnisvoll und kostbar. Doch mit der Zeit entwickelt er ein schizophreses Verhältnis. Er erkennt, dass es sich bei seiner Arbeit um ein zerstörerisches Roden handelt. So trägt er selbst dazu bei, dass die Wildnis, die ihn so fasziniert, immer mehr und mehr verschwindet – die Wälder haben keine Unendlichkeit, wie ihm immer gesagt wurde. Diese irritierende Erkenntnis stürzt Grant Hadwin in einen Zustand, den der Autor als „geistigen Notstand“ bezeichnet. In dieser Zeit trifft er auf die „goldene Fichte“, einen 300 Jahre alten Baum, der durch seinen goldenen Schein besticht. Durch eine Mutation bringt dieser Baum keine herkömmlichen grünen Nadeln, sondern goldfarbene hervor. Als Heiligtum der Haida Gwaii verehrt und als Maskottchen der Holzfällerindustrie bleibt dieser Baum stehen, inmitten von Rodung und Ausbeutung. Er sieht den Baum und die umliegende Zerstörung und denkt: „Es ist falsch, diesen Mutanten zu schützen, während alle anderen Bäume gefällt werden!“



Daraufhin fasst er einen folgenschweren Entschluss. In einer Nacht mit Temperaturen um den Gefrierpunkt schwimmt Grant Hadwin durch den Yakoun River. Auf den Schultern eine Kettensäge und im Kopf ein Bekennerschreiben. Er wird nicht mehr zurückkehren.

Michi Kerschbaumer

Theresia Oblasser: Eigene Wege. Eine Bergbäuerin erzählt. In der Reihe „Damit es nicht verloren geht“ im Böhlau Verlag, Wien 2013. 229 Seiten. 19,90 Euro.



Theresia Oblasser erzählt in diesem Buch ihre Lebensgeschichte, in Erinnerungen, Anekdoten, Gedichten und Berichten, und setzt damit fort, was sie in „Das Köpfchen voll Licht und Farben“ begonnen hat. Sie malt mit Worten Bilder vom Leben und Arbeiten am Bergbauernhof, aber noch viel intensiver malt sie die Bilder ihrer persönlichen Entwicklung, das lebenslange Festhalten am Schreiben und die Entdeckung, dass es bedeutungsvoll ist, was sie schreibt. Ihr Leben ist eng verknüpft mit dem Frauenarbeitskreis der ÖBV, bei dem sie 15 Jahre mitgearbeitet hat. Damit wird dieses Buch auch zu einem Dokument der ÖBV-Geschichte. Obwohl Theresia Oblasser „von Kindheit an zum Reden nie ermutigt“ wurde, erhebt sie ihre Stimme – und wurde und wird damit zum Vorbild für viele Bäuerinnen innerhalb und außerhalb der ÖBV.

Karin Okonkwo-Klamper

KONTROLLE – WAHN ODER SINN?

Hinter den uneinnehmbaren Burgen der Agrar- und Welthandelspolitik erdachten die herrschenden Agrarfürsten und Nahrungsmittelbanditen ein seltsam anmutendes Spiel: Während die Zahl der Bauernhöfe ständig abnimmt, nimmt das Ausmaß an Kontrolle zu. Während die Vielfalt, der Geschmack und die Sorten bei den Lebensmitteln drastisch schwinden, wuchern Begriffe wie Lebensmittelsicherheit und Qualitätssicherung. Während Bauern und Bäuerinnen unter der Last von Aufzeichnungspflicht, Kontrolle und Sanktion niederbrechen, galoppiert die Bürokratie mit neuen Rössern ins Spielfeld.

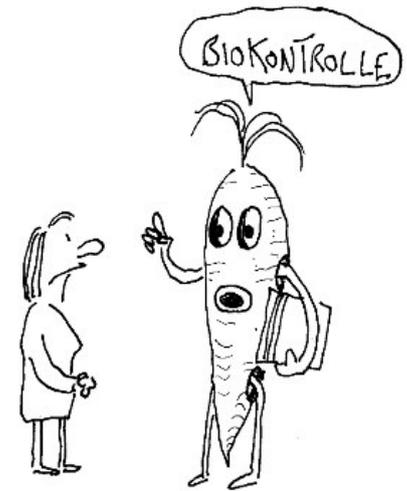
VON MONIKA GRUBER

Ein Auto mit fremdem Kennzeichen bleibt mitten im Hof stehen. Augenblicklich fühle ich mich an Erzählungen von Freundinnen erinnert, wenn Männer ihre Wäsche einfach dort liegen lassen, wo sie beim Ausziehen am Boden hinfällt. Ein Mann steigt aus dem Wagen, zieht sich eine leichte Jacke an und stiefelt mit einer Mappe in der Hand zu unserer Haustür. Aus der halboffenen Stalltür lugt unser altersschwacher Hund hervor, dreht um und verkriecht sich wieder im Strohhaufen, ohne einen Mucks gemacht zu haben. Nicht des Bellens wert. AMA-Kontrolle, sagt der Unbekannte, stellt sich mit Namen vor und will gleich die Wiesenstücke abschreiten. Fragt, ob er besser Stiefel anziehen soll oder die festen Bergschuhe genügen. Wissend um unseren matschigen Feldweg nach dem Regen, empfehle ich ihm Gummistiefel. Bei den steilsten Feldstücken lasse ich ihn alleine gehen, da ich – fußmarod – mir diese Mühe nicht antun will. Als der AMA-Kontrollor zurückkommt, funkelt er mich verärgert an. Er sei jetzt völlig verschwitzt in den Stiefeln. Bergschuhe hätten gereicht! Geknickt biete ich ihm in der Küche ein Glas von meinem besten, selbst gemachten Fruchtsaft an. Er lehnt dankend ab, will nur Wasser, und erklärt mir – anhand seiner Unterlagen und des Digitalbildes – das Wiesenstück, bei dem wir falsche Angaben gemacht hätten, was die Vor-Ort-Kontrolle ergeben habe.

Zwei Wochen später kündigt sich ein Kontrollor an, um die Angaben zum Ökopunkteprogramm zu überprüfen. Langbeinig marschiert er in einem Tempo über die Feldstücke,

dass ich kaum zu Atem komme. Nebenbei fragt er nach dem Vogelbestand. Häh? Abgesehen von den umfangreichen schriftlichen Aufzeichnungen, interessieren ihn besonders der Mist und die Jauche und deren Ausbringung. Dazu noch das Bestandsverzeichnis der Rinder, das ihm aber ob der alten Ausgabe missfällt, da es aus zwei Broschüren besteht, eines für männliche Tiere, eines für weibliche. Vor seinen Augen muss ich ein neues anlegen. Darin sollen ab jetzt männliche und weibliche Tiere in einem gemeinsamen Bestandsverzeichnis, jedoch getrennt nach Geschlecht, notiert werden.

Drei Wochen danach steht uns die jährliche Biokontrolle ins Haus. In der Augusthitze hassen wir zu zweit am Wiesenrand entlang, dabei wird auch gleich die Rinderherde auf der Weide begutachtet. Hernach nimmt der Biokontrollor den Stall genauer unter die Lupe und misst die Angaben nach, die auf seiner Skizze rot markiert sind. Den Rest des Nachmittags verbringt er mit den biologischen Unterlagen am Küchentisch, während ich kleinere Hausarbeiten zu erledigen suche, Zwiebel röste, Zucchini brate und Nudeln koche, um für meinen lieben Ehemann, der hungrig aus der Firma kommt, eine Mahlzeit auf den Tisch zu bringen. Der Kontrollor interessiert sich besonders für die Anzahl unserer Streuobstbäume, die er einzeln auflistet und nach deren Ertrag er sich erkundigt. Diesmal will er auch wissen, wie viele Quadratmeter die Himbeersträucher einnehmen, was ich aber bisher noch nie gemessen habe. Ich weiß nur, wie viele Becher



Himbeeren ich als Vorrat für den Winter eingefroren habe. Wie auch alle anderen Kontrollbesuche endet dieser darin, dass der Kontrollor nach meiner Unterschrift verlangt.

Die herbei geschleppten Ordner schleppe ich wieder zurück zum Aktenschrank. Bürokratie sei Dank ist er gut gefüllt. Wie willenlose Soldaten stehen die Ordner im Regal. Unfassbar! Es soll tatsächlich einmal eine Zeit gegeben haben, in der Bauern und Bäuerinnen Lebensmittel herstellen konnten ohne Kontrolle. Ohne AMA, ÖPUL und Mehrfachantrag! Ein bäuerliches Leben führen, frei von Verpflichtungserklärung, Cross Compliance, Mitwirkungspflicht, Digitalisierung, Mantelantrag, Abgabetermin und Meldefrist. Frei von GVE-Rechner, Sanktion, Betriebsprämie, UBAG und Blühstreifen. Frei von Rindernet, Tiernutzungsliste, Haltefrist, Weidenzeitenformular, Viehverkehrsschein, Düngeberechnung, Bestandsverzeichnis und Aufzeichnungspflicht. Ich frage mich, wie hat Österreich sich ernähren können, als weder Biokontrollstellen, noch AMA-Gütesiegel, Heumilch, Ja!Natürlich, Natur Pur und Zurück zum Ursprung existierten? – Meine fünf Freilauf-und-überallherumscharr-Hühner hatte ich mit dem Getreide vom Bauernhof aus dem Nachbarort gefüttert, ohne dass ich dafür Rechnung oder Biozertifikat vorweisen musste. Heute habe ich zwar ein Biozertifikat, dafür aber keine Hühner mehr. – Es war ganz einfach Leben am Hof.

Ganz einfach ist auch das Abo der „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ nach wie vor zu bekommen, welches Sie jetzt und hier bestellen können:

bauerliche.zukunft@chello.at
Fax 01 – 958 40 33
Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN**NIEDERÖSTERREICH**

Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel.: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel.: 02245-5153
maria.vogt@tele2.at

SALZBURG

Heidi Ammerer
5611 Großarl 51
Tel.: 0664-2396224
pfdandlinghof@aon.at

VORARLBERG

Irene Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
Tel.: 05552-32 849
irene.schneller@cable.vol.at

TIROL

Christoph Astner
Zillfeldgweg 9, 6362 Kelchsau
0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

ÖBERÖSTERREICH

Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel.: 07282-7172
lisa_hannes_hofer@yahoo.de

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach am Attersee
Tel.: 07663-660
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel.: 07235-71 277 o. 0664-503 90 77
juha.hofstadler@aon.at bzw.
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Josef Wakolbinger
Hundsorf 2, 4084 St. Agatha
Tel.: 07277-8279
sepp.wakolbinger@aon.at

STEIERMARK

Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel.: 03579-8037
aon.913999714@aon.at

KÄRNTEN

Michael Kerschbaumer
Laufenberg 15, 9545 Radenthein
Tel.: 04246-31052
forum@kritische-tierhalter.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel.: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

BURGENLAND

Monika Kleinschuster
Neumarkt 117, 7461 Stadtschlaining
Tel.: 03355-2092 bzw. 0688-8211722
monikakleinschuster@aon.at

Irmi Salzer
Untere Bergen 2, 7532 Litzelsdorf
Tel.: 0699-11827634
irmi.salzer@gmx.at



Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Werbt Abos!

Wir haben was davon, ihr habt was davon – alle haben was davon!

Die ÖBV finanziert ihre Tätigkeiten zum überwiegenden Teil durch Subventionen vom Staat. Daneben stellen Mitgliedsbeiträge, Abonnementgebühren und Spenden eine wichtige Einnahmequelle dar. Die Subventionen sind in den letzten Jahren zurückgegangen, die Kosten aber sind gestiegen. Dies führte bereits im vergangenen Jahr zu einem finanziellen Engpass.

Zur Erfüllung unseres Auftrags, einer tatkräftigen Agraropposition, sind wir mehr denn je auf eure Unterstützung angewiesen. Langfristig ist die beste Strategie für eine politische und finanzielle Unabhängigkeit die Erhöhung der Eigenmittel.

Wir bitten euch daher nach euren Möglichkeiten, neue Mitglieder und AbonnentInnen zu werben. Als Dankeschön erhält jede Leserin/jeder Leser für das erste neu geworbene Abo eines der neuen ÖBV-Tücher.

**Mitgliedschaft und/oder Abonnement**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder Euro 32,00 plus ein Tausendstel des Einheitswertes bzw. eine Spende für Nicht-BäuerInnen. Für unterstützende Mitglieder mindestens Euro 32,00. Das Abonnement der Zeitschrift ist inkludiert.

- Ich möchte ordentliches Mitglied werden
 Ich möchte unterstützendes Mitglied werden
 Ich bestelle ein Abonnement (5 Ausgaben/Jahr) der Zeitschrift „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland)

Name:

Adresse:

Beruf: Tel:

E-mail:

Datum: Unterschrift:

- Ich bestelle ein einjähriges Geschenkabo zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland) für:

Zustelladresse:

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Tel.: 01-89 29 400, baeuerliche.zukunft@chello.at, www.viacampesina.at
Bankverbindung: Die ERSTE KtoNr. 04234529 BLZ: 20111
ZVR: 510788025

Biobauern und Biobäuerinnen schauen aufs Ganze



BIO-LANDWIRTSCHAFT VERZICHTET KONSEQUENT AUF DEN EINSATZ VON CHEMISCH-SYNTHETISCHEN PFLANZENSCHUTZMITTELN, SCHNELLLÖSLICHEN DÜNGERN UND GENTECHNIK. BIOBAUERN SICHERN DURCH IHRE WIRTSCHAFTSWEISE NICHT NUR HOCHQUALITATIVE NAHRUNG, SIE SCHÜTZEN DABEI AUCH UNSERE LEBENSGRUNDLAGEN WIE BODEN, WASSER UND KLIMA UND ERHALTEN DIE VIELFALT DER ARTEN.



BIO-LANDWIRTSCHAFT TUT VIEL FÜR DIE GESELLSCHAFT

Biobauern sparen allein in Österreich pro Jahr 180.000 Tonnen CO²-Emissionen ein, der Humus heimischer Bio-Böden speichert jährlich 60.000 Tonnen CO². In einer Handvoll Bio-Boden leben mehr Lebewesen als Menschen auf der Erde, sie tragen wesentlich zum Aufbau gesunder und fruchtbarer Böden bei. Bio-Landbau sorgt auch dafür, dass weniger Nitrate ins Grundwasser gelangen und schützt so unser wertvolles Wasser. Viele seltene und gefährdete Pflanzen- und Tierarten kommen auf Bio-Betrieben vor: Bio-Betriebe beherbergen 30 % mehr Arten und 50 % mehr Lebewesen als intensiv bewirtschaftete Höfe.

www.bio-austria.at



Wege für eine
Bäuerliche Zukunft

Schwarzspanierstraße 15/3/1
A-1090 Wien
+43/1/89 29 400



P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1060 Wien

Bei Unzustellbarkeit zurück an:

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Postzulassungsnummer GZ 02Z031272M